Gelsenkirchener Zeitung.

Bezugspreis durch Boten zugestellt oder durch die Post bezogen für die Woche vom 5. bis 11. November 80 Milliarden Mk. — Einzel-Nummer 15 Milliarden Mk.
Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.
Gratis-Beilagen:
„Gelsenkirchener Sonntags-Zeitung", „Am Herdfeuer" und „Sport-Extrablatt"
Telegramm-Adresse: Gelsenkirchener Zeitung. — Postscheck-Konto Essen Nr. 13146.
Geschäftsstelle: Gelsenkirchen, Ahstraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernsprech-Anschluß: Amt Gelsenkirchen Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von Chr. Münstermann in Gelsenkirchen.

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (27 mm breit) vom 3. November ab:
Grundpreise: Ortsanzeigen 50, kleine Anzeigen nicht geschäftlicher Art und Familienanzeigen 30, auswärtige Anzeigen 60, Reklamen (80 mm breit) 250. Schlüsselzahl 100 Millionen.
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Anzeigenpreis.
Besondere Mitteilung bei Aenderung der Anzeigenpreise erfolgt auch bei laufenden Abschlüssen nicht.
Bei nicht sofortiger Zahlung der Anzeige wird für das jedesmalige Vorgehen der quittierten Rechnung eine Gebühr von 5 Proz. des Rechnungsbetrages erhoben.
Für Aufnahmen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für Aufträge mittels Fernsprecher wird keine Gewähr und für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen acht Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, Erscheinungsverbot hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 249 — Montag, den 5. November 1923 — 59. Jahrgang.

Auf Anordnung der Besatzungsbehörde.

Von der Besatzungsbehörde erhalten wir folgenden Artikel zur Veröffentlichung:

Die Verhandlungen zwischen der Eisenbahn-Regie und der deutschen Eisenbahnverwaltung.

„Die deutsche Presse hat über die kürzlich stattgefundenen Verhandlungen in Mainz zwischen der französisch-belgischen Regie und der deutschen Verwaltung in verschiedener Weise berichtet. Es handelte sich um die Wiederaufnahme des normalen Eisenbahnverkehrs, sowohl in den besetzten Gebieten, wie auch um den Verkehr zwischen den zur Zeit von der Regie ausgebeuteten und den benachbarten Strecken (mit einbegriffen die Strecken des unbesetzten Gebietes).

Die deutsche Lesart kann den Eindruck erwecken, daß die Verhandlungen resultatlos verliefen, weil die Regie Bedingungen stellte, welche die technischen Möglichkeiten eines normalen Verkehrs überschritten, mit besonderer Rücksichtnahme auf die Reparationsfrage.

Eine Richtigstellung ist vonnöten.

Die Regie hat von der deutschen Verwaltung zunächst verlangt, die durch deutsches Personal auf Reichsbefehl zerstörten und sabotierten Anlagen wiederherzustellen. — dann die Vorräte wieder beizubringen, welche zu derselben Zeit weggenommen oder vernichtet wurden — sodann die fortgeführten Lokomotiven, Güter- und Personenwagen wieder zurückzubefördern. Alle diese Forderungen bezweckten das von der deutschen Verwaltung sabotierte Eisenbahnnetz wieder in normalen Stand zu setzen.

Die Regie hat ebenfalls darauf bestanden, die Grenzlinie festzulegen, zwischen den Regie-Strecken und den Strecken des unbesetzten Gebietes. Eine solche Maßnahme ist selbstverständlich, um einen wirksamen Austauschverkehr zwischen zwei verschiedenen Betriebsverwaltungen zu errichten. Sie hat ebenfalls darauf bestanden, daß sie in allen Verlammlungen, wo ihre Interessen im Spiel sein könnten, vertreten sei.

Bezüglich der wiedereinzustellenden Beamten hat die Regie ebenfalls Maßnahmen vorgesehen, welche die Rechte der Beamten wahren.

Man kann aus obigem ersehen, daß die Bedingungen der Regie sich nur mit technischen Gesichtspunkten befassen, welche für den normalen Verkehr unbedingt notwendig sind und in keiner Weise späteren Verhandlungen zwischen den Regierungen vorgreifen.

Die Regie ist bereit, die Verhandlungen weiter zu führen, und es ist unverständlich, warum die deutsche Verwaltung die Unterredung abgebrochen hat, es sei denn, um den passiven Widerstand auf eine andere Art weiterzuführen.

Die Industrie, der Handel und die Arbeiter werden selbst die sich aufdrängenden Schlüsse eines solchen Gebarens ziehen können.

Auch die Eisenbahner, wovon bereits 25 000 wieder eingestellt worden sind, werden sich ebenfalls bewußt werden, daß ihre Wiedereinstellung durch das sonderbare Benehmen der deutschen Verwaltung höchstens erschwert wird."

Um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Der Einladungsentwurf an Amerika.

Die Stellungnahme Frankreichs.

Ⓡ **London,** 3. Nov. Reuter berichtet, daß die französische Antwort auf die britische Note vom 31. Oktober die den Entwurf der Einladung an die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Reparationskonferenz zum Inhalt hatte, jetzt in London eingetroffen ist. Wie bereits mitgeteilt, bestehe Poincare darauf, daß der Untersuchungsausschuß nur die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands untersuchen solle. Ein weiterer Meinungsaustausch über diesen Punkt findet augenblicklich nicht statt. Die britische Ansicht sei, wie verlaute, daß die Bedingungen Poincares in hohem Maße die Arbeiten des Ausschusses zunichte machen würden, da überall zugegeben werde, daß die augenblickliche Zahlungsfähigkeit gleich null sei. Man sei der Auffassung, daß die belgische Regierung in hohem Maße die Ansichten der britischen Regierung in diesem Punkt teile. Es werde gehofft, daß diese Frage im Laufe des augenblicklichen Meinungsaustausches geklärt werde damit die alliierte Einladung an die Vereinigten Staaten noch vor Beginn der nächsten Woche abgesandt werden könne.

Aussichtslos.

Die Ansicht des offiziellen Amerikas.

Ω **London,** 3. Nov. Reuter meldet aus Washington: Im Weißen Hause wurde im Namen des Präsidenten Coolidge erklärt, der ursprüngliche Plan zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands habe die vollständige und umfassende Prüfung der Frage vorgesehen. Falls Einschränkungen erfolgen sollten, die nach Ansicht der amerikanischen amtlichen Stellen zu keinem guten Ergebnis führen sollten, so würde wahrscheinlich einer amerikanischen Teilnahme nur mit der ausdrücklichen Erklärung zugestimmt werden, daß die Washingtoner Regierung von Anfang an der Ansicht sei, daß die Bemühungen, die Reparationsfrage auf diese Weise zu regeln, aussichtslos sei.

Keine Entsendung eines amerikanischen Kabinettsmitgliedes.

Ω **London,** 2. Nov. Reuter meldet aus Washington: Im Weißen Hause wurde mitgeteilt, daß kein Mitglied des Kabinetts als amerikanischer Vertreter in den Ausschuß für die Reparationsfrage gesandt werden wird, da es für ein Kabinettsmitglied schwierig sein würde, seinen Posten in Washington zu verlassen. Diese Mitteilung erledigt danach den Bericht, daß Mellon und Hoover gewählt werden sollen.

Die Beurteilung des amerikanischen Standpunktes in der Pariser Presse.

⊡ **Paris,** 3. Nov. Die Morgenblätter stellen fest, daß ziemlich ernste Schwierigkeiten seitens der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Bildung eines Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit entstanden sind. Einige der Regierung nahestehende Zeitungen bezweifeln aber die Richtigkeit der Nachrichten aus englischer Quelle. „Petit Parisien" schreibt, Hughes habe erklärt, er billige es, daß ein Sachverständigenausschuß im Rahmen des Vertrages von Versailles ernannt werde. Er wäre also unter diesen Umständen sehr erstaunt, wenn es nicht zwischen Washington und Paris zu einer Einigung über die Kompetenz der Sachverständigen kommen sollte. Die französische Regierung, die vollkommen einig mit Brüssel sei, könne auf irgendeine Aenderung des Londoner Zahlungsplanes nicht eingehen. — „Echo de Paris" dagegen hält es angesichts der Einwendungen der Vereinigten Staaten für zweifelhaft, ob der Sachverständigenausschuß überhaupt jemals zusammentritt. Die nationalistischen Blätter behaupten, daß England einen Druck auf die Vereinigten Staaten ausgeübt habe.

Aussetzung der Sachlieferungs-Zahlungen.

⊠ **Berlin,** 3. Nov. In Ergänzung der Ersparnismaßnahmen, zu denen sich die Reichsregierung **infolge der katastrophalen Lage der deutschen Finanzen** genötigt gesehen hat, ist eine weitere Verordnung über die **Aussetzung der Zahlungen zur Durchführung von Sachlieferungen ergangen.** Dadurch werden alle Zahlungen auf Grund der im freien Verkehr (Cuntze-Bemelman-Abkommen und Ruppel-Gillet-Abkommen) und im gebundenen Verkehr laufenden Verträge über Sachlieferungen mit der Wirkung ausgesetzt, daß vom 3. Nov. ab aus diesen Verträgen keine Zahlungen mehr von der Reichsregierung geleistet werden. Um den alliierten Bestellern aber die Möglichkeit zu lassen, die bestellten Waren trotzdem zu beziehen, ist vorgesehen, daß sie die abgeschlossenen Verträge **direkt mit den Lieferfirmen auf eigene Rechnung abwickeln** können. Sie brauchen daher in den Fällen, in denen das Reich bereits Auszahlungen gemacht hat, nur noch den Rest des vereinbarten Preises zu bezahlen.

Vor der Wiederaufnahme des Gesamtbetriebes im Bergbau.

Ⓐ **Dortmund,** 3. Nov. **Die Verhandlungen der Micum mit den Werken des Ruhrgebiets werden, wie wir erfahren, auf folgender Grundlage geführt:**

Frankreich verlangt, daß 18 Prozent der Kohlenproduktion der Ruhrzechen an Frankreich abgeführt werden. Als Maßstab hierfür dient die Jahreslieferung an Reparationskohle **auf Grund des Spa-Abkommens von 1921. Die Prioritätsklausel wird vorläufig aufgehoben, um den Bergwerken die Möglichkeit zu geben, sich zu finanzieren und den Gesamtbetrieb wieder aufzunehmen. Ferner verlangen die Franzosen eine Kontrolle sowohl für den Kohlenversand, wie auch für die Produktion. Die Transporte fallen zur Last der Reparationen leistenden Firmen. Die Micum behält sich vor, nötigenfalls 10 Prozent der vorhandenen Kohlenkähne anzufordern.**

Die Zollsätze nach Deutschland bewegen sich zwischen 5 Prozent und ½ Prozent. Die Kohlen nach dem unbesetzten Gebiet sollen frei herausgehen. Es darf nicht mehr exportiert werden, als der Monatsleistung von 1922 entspricht. Im Falle eines Abkommens soll die Freigabe aller kapitalisierten Produkte erfolgen.

Das Abkommen mit der Firma Krupp, das, wie bereits gemeldet, vorgestern zum Abschluß kam, ist auf dieser Grundlage zustande gekommen. Hierbei wurde ausdrücklich von der Micum betont, daß es sich nur um ein vorläufiges Abkommen handle und daß man, wenn sich irgendeine Bestimmung als undurchführbar herausstellt, zu neuen Verhandlungen bereit ist.

Am Grabe der großen Koalition.

Keine Entspannung. — Keine aussichtsvolle Lösungsmöglichkeit der Krisis. — Der Entscheidungskampf zwischen Rechts und Links.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.

na **Berlin,** 4. Nov. 1923 **(Telegr.).**

Die Krise hat bis jetzt eine Entspannung nicht erfahren. Eine Lösung ist nicht gefunden. Die Lage ist deshalb besonders schwierig, weil sich wirkliche Lösungen überhaupt nicht setzen. Eine Tatsache verdient im Voraus festgestellt zu werden. Die Erwartung, daß der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung und der großen Koalition eine Entspannung nach rechts hin und auch nach Bayern hin bringen werde, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, man kann von einer

Verschärfung der Lage

sprechen, so weit die rechtsradikalen Kampfverbände in Frage kommen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die illegalen Kampfverbände Bayerns eine Art Ultimatum an den Reichskanzler haben gelangen lassen, worin er aufgefordert wird, die sofortige Errichtung einer legalen Diktatur herbeizuführen. Auch Bayern gegenüber ist, wie wir bereits bemerkten, eine Entspannung nicht eingetreten. Es kann schon heute kein Zweifel darüber aufkommen, daß Bayern auch gegenüber dem heutigen Kabinett Stresemann auf seiner Haltung beharren wird.

Eine Erweiterung der Koalition durch

Hinzutritt der Deutschnationalen,

die hier und da erörtert worden ist, kann von vornherein als aussichtslos bezeichnet werden. Einmal deshalb, weil die Deutschnationalen Forderungen aufgestellt haben, die außenpolitisch ganz unmöglich sind. Aber auch ohne diese Forderungen wäre eine Einbeziehung der Deutschnationalen schon deshalb ausgeschlossen, weil bereits feststeht, daß die Demokraten sich an einer solchen Koalition nicht beteiligen würden. Auch das Zentrum würde in seiner überwiegenden Mehrheit eine solche Koalition nicht eingehen.

Die Lösungsmöglichkeiten.

Reichskanzler Stresemann hatte zunächst an eine sofortige Auflösung des Reichstages gedacht. Dieser Gedanke scheint im Augenblick in den Hintergrund getreten zu sein, aber aufgegeben ist er keineswegs. Die zweite Möglichkeit wäre, daß der Reichskanzler mit dem Rumpf-Kabinett vor den Reichstag tritt und eine Mehrheit zu erlangen sucht. Dieser Versuch dürfte aber von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg haben. Die Deutschnationalen würden jedenfalls auch dem jetzigen rein bürgerlichen Kabinett Stresemann das Vertrauen versagen. Ueber die Haltung der Sozialdemokratie ist zuverlässig nichts festgestellt. Es liegen zwar Aeußerungen sozialistischer Führer vor, daß sie in schärfste Opposition gehen würden, es scheint aber, daß man diese Erklärung vorerst nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, zumal die Sozialdemokratie ihre endgültige Haltung wohl von dem Verhalten der Demokraten und des Zentrums abhängig machen wird. Immerhin wird aber auch in diesem Falle die Lage außerordentlich zweifelhaft bleiben. Würde der Reichskanzler eine Mehrheit im Reichstage nicht erlangen, so würde auch in diesem Falle

eine Auflösung des Reichstages

erfolgen und Wahlen vorgenommen werden. Bei der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage würden aber Neuwahlen wahrscheinlich nicht innerhalb der verfassungsmäßigen Frist vorgenommen werden können. Es heißt auch, daß der Reichspräsident einer solchen Lösung abgeneigt ist.

Es wird zur Zeit noch eine dritte Möglichkeit erörtert, die darauf hinausläuft, daß

der Reichstag vorerst nicht zusammentritt

und die Reichsregierung, auf Grund des Artikels 48 der Verfassung die Geschäfte des Reiches führt. Eine Lösung wäre aber auch diese Möglichkeit nicht, da sie nicht von Dauer sein kann, weil das jetzige Kabinett ein Minderheitskabinett ist und die Parteien des Reichstages nach der Verfassung jeder Zeit in der Lage wären, die Einberufung des Reichstages durchzusetzen. Dann würde sich das Schicksal des Kabinetts erfüllen.

Man sucht deshalb in parlamentarischen Kreisen an einer Lösung, weil man unter allen Umständen Wert darauf legt, daß die Verfassung unangetastet bleibt, weil man ferner befürchtet, daß selbst, wenn Neuwahlen überhaupt möglich wären, diese Wahlen dann eine Zusammensetzung des Parlaments ergeben würden, die innen- und außenpolitisch ein völliges Erlahmen der Reichsregierung und des Parlaments bedeuten würde.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß ein Weg aus den Schwierigkeiten zur Zeit nicht gefunden ist. Eins aber steht fest, daß ein Versuch, die große Koalition wiederherzustellen, als völlig aussichtslos anzusehen ist. Wir stehen jetzt in einer Entscheidungskrise, und es geht bei ihr um nichts Geringeres als um die Klärung der gesamten inneren Lage in der Richtung der künftigen politischen Orientierung. Der Entscheidungskampf zwischen Links und Rechts hat begonnen, und es liegen mancherlei Anzeichen dafür vor, daß er nicht nur mit parlamentarischen Mitteln geführt wird. Wer es gut mit seinem Volke meint, wird jetzt alle Kräfte darauf einstellen müssen, daß ebenso wie seinerzeit durch das Zusammenstehen der bürgerlichen Kräfte ein Ueberwuchern der Linksrichtung hintangehalten wurde, nun jetzt eine Radikalisierung nach der umgekehrten Seite hin sich vollzieht.

Fraktionsbesprechungen.

Die Zentrumsfraktion.

na **Berlin,** 4. Nov. **(Telegr.)** Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist am Sonntag mittag fast vollzählig zu einer Aussprache über die politische Lage zusammengetreten. Es ist anzunehmen, daß auch am Montag die Besprechungen fortgesetzt werden. Neben den rein politischen Fragen sollen auch noch wirtschaftliche und finanzielle Fragen, vor allem auch die Rheinlandfrage behandelt werden.

Die Demokraten.

na **Berlin,** 4. Nov. **(Telegr.)** Die demokratische Reichstagsfraktion, die am Samstag zu einer Aussprache über die Lage zusammengetreten ist, hat, wie feststeht, Beschlüsse nicht gefaßt, sondern ihre Beschlußfassung zurückgestellt. Es ist anzunehmen, daß die Demokraten ihre Stellungnahme von der Haltung des Zentrums abhängig machen werden.

*

Dementi.

)(**Berlin,** 3. Nov. Amtlich verlautet: Die Berichte, daß die bayerische Staatsregierung vom Staatskommissar gestürzt und ein Ultimatum gegen die Reichsregierung in Gang gebracht oder weitergegeben worden sei, in dem Sinne, wie es die heutige Abendausgabe des „Vorwärts" behauptete, sind nach offizieller Mitteilung der bayerischen Staatsregierung völlig falsch.

Der Reichskanzler über die Bayernfrage.

Ⓡ **London,** 3. Nov. „Manchester Guardian" veröffentlicht heute eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann, in der dieser sich über die außen- und innenpolitische Lage äußerte. Mit Bezug auf Bayern erklärte der Kanzler, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß mit der bayerischen Staatsregierung auf der Grundlage einer allgemeinen Erörterung des Verhältnisses von Reich und Bundesstaaten eine Lösung der gegenwärtigen Differenzen getroffen werden könne, die dann von selbst wohl die Erledigung der Personenfrage bringen dürfe, die nach außen am meisten hervorgetreten sei. An eine bewaffnete Erhebung Bayerns gegen das Reich, von der in der ausländischen Presse vielfach die Rede sei, glaube in Deutschland kein Mensch und ebenso an die Absicht der verantwortlichen bayerischen Staatsmänner, sich vom Reich loszulösen. Dagegen seien politische Strömungen in Bayern vorhanden, die die bayerische, politisch rechtsstehende Einstellung Deutschland aufzwingen wollten und die sich zu diesem Zweck der sogenannten vaterländischen Verbände und der rechtsstehenden Parteien bedienten. Ihnen komme zu Gute, daß in Deutschland gegenwärtig die politischen Strömungen weit nach rechts gingen. Er glaube aber nicht, daß sie stark genug seien, um die gegenwärtigen Verhältnisse zu ändern oder sich im Falle ihres Sieges auf die Dauer zu behaupten.

Der Reichskanzler zur Poincare-Rede in Nevers.

Ⓐ **London,** 3. Nov. 1923.

Die „Times" veröffentlichen eine Unterredung ihres Berliner Berichterstatters mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann, in der dieser eingehend die Vorwürfe, die Poincare gestern in seiner Rede in Nevers gegen die deutsche Politik gerichtet hat, beleuchtete. Der Kanzler erklärte dem Korrespondenten, die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten ist nicht berechtigt, daß Frankreich in Europa keine

territorialen Vorteile aus dem Kriege

gezogen hat. Er weist hin auf die **Wiedereingliederung von Elsaß-Lothringen mit seinem ungeheuren Reichtum an Erzen und Kali, seiner hochentwickelten Eisen- und Stahlindustrie und seiner Textilindustrie, die die Wirtschaftskraft Frankreichs außerordentlich stärkt.** Allein die Möglichkeit der Eisen- und Stahlerzeugung Frankreichs ist gegenüber 1914 auf das Doppelte gestiegen. Auch sonst hat Frankreich, ich brauche nur an Oberschlesien und das Saargebiet zu erinnern, seine wirtschaftliche Machtstellung ausgedehnt.

Deutschland hat nichts unversucht gelassen, um der

Kapitalflucht

zu steuern, und ich selbst habe erst kürzlich erklärt und ich wiederhole es jetzt, daß ich nichts mehr wünsche, als **das im Ausland befindliche Vermögen bis auf den letzten Pfennig zu Staatszwecken heranzuziehen.** Leider sind die verschiedenen Versuche, die zur Erfassung der im Auslande befindlichen Vermögen, die übrigens in ihrer Höhe wohl sehr überschätzt worden sind, bislang vergeblich gewesen. Auch die in andern Ländern ergriffenen Maßnahmen gegen die ins Ausland abgewanderten Kapitalien sind ergebnislos gewesen. Ich darf in dieser Hinsicht nur an die eigene Erfahrung Frankreichs erinnern, die es mit seinem Kapitalfluchtgesetz gemacht hat, dessen Bestimmungen unter ungleich günstigeren Bedingungen erlassen wurden. Trotzdem mußte der französische Finanzminister de Lasteyrie im Februar dieses Jahres in der französischen Kammer erklären, daß **nur auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen wirksam gegen die Kapitalflucht vorgegangen werden könne.** Zu solchen internationalen Vereinbarungen hat Deutschland — ich darf nur auf unsere Bemühungen während der Konferenz von Genua verweisen — nach Kräften gedrängt.

Der französische Ministerpräsident hat dann wieder von dem

angeblich systematischen Bankerott Deutschlands

erzählt, durch den wir uns unseren vertraglichen Verpflichtungen entziehen wollten. Wir wissen, was Deutschland geleistet hat und wie wirklich die Verhältnisse liegen. Ich will daher auf Argumente verzichten. Ich will nur die Meinung eines Landsmannes des Herrn Poincare wiederholen, des

Herrn Loucheur,

der seinerzeit im „Homme Libre" die Frage, ob er an einen absichtlich vorbedachten Bankerott Deutschlands glaube, auf das bestimmteste verneint und hinzugefügt hat:

„Wir müssen auf diese Legende eines betrügerischen Bankerotts des Reiches verzichten, den es zu Gunsten deutscher Privatpersonen gemacht haben soll. In Deutschland ist jedermann in Sorge über den furchtbaren Niedergang der Mark, der das Land verarmt, unaufhörlich die Lebenskosten steigert und den wirklichen Lohn der Arbeiter vermindert. Nein, Deutschland, so hat Herr Loucheur damals erklärt, **ist kein blühendes Land, obwohl es keine Arbeitslosen hat.** Seine Prosperität ist nur Fassade und wenn man nicht Abhilfe schafft, so sieht es seinem Untergang entgegen, zu dem wir uns nicht beglückwünschen können."

Seit diesen Worten des Herrn Loucheur hat sich die Situation noch weit mehr verschlechtert.

Wir haben eine furchtbare Arbeitslosigkeit

und die letzten Tage werden es gezeigt haben, welches Interesse das ganze Volk daran hat, aus dem ständigen Niedergang der Mark herauszukommen und wieder eine feste monetarische Basis zu gewinnen. Wenn Herr Poincare seine Pfänderpolitik zuerst mit dem mangelnden Erfüllungswillen und jetzt mit dem weiteren Widerstand auch auf militärischem Gebiet zu rechtfertigen sucht, so setzt er sich damit mit sich selbst in Widerspruch. Beide Behauptungen stehen mit den Tatsachen nicht im Einklang. Deutschland hatte alles aufgeboten, um die stipulierten Geld- und Sachleistungen aufzuwenden. Aber die **von allen Seiten anerkannte Unmöglichkeit der Aufbringung der von Frankreich geforderten Summe hat Deutschland veranlaßt, um ein Moratorium nachzusuchen.** Jetzt soll die Festhaltung der Pfänder aus militärischen Gründen gerechtfertigt werden. Angeblich herrscht in Deutschland die „schwarze Reichswehr", die eine furchtbare Macht bedeuten soll. Hierüber wurde von uns schon vor einigen Tagen ein Kommuniqué ausgegeben. **Unsere Reichswehr ist**

genau nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages

ausgerüstet, und wenn Neueinstellungen vorgenommen wurden, so mußte dies geschehen, weil die uns durch den Versailler Vertrag zugestandene Stärke von 100 000 Mann

1 Dollar = 418 950 000 000 Mark.

Amtliche Devisenkurse.

		3. November	2. November
Holland	Geld	164 568 000 000	121 695 000 000
	Brief	165 412 000 000	122 305 000 000
Belgien	Geld	20 984 000 000	15 531 000 000
	Brief	21 062 000 000	15 589 000 000
Italien	Geld	18 983 000 000	13 939 000 000
	Brief	19 047 000 000	14 036 000 000
England	Geld	1 956 250 000 000	1 356 500 000 000
	Brief	1 964 750 000 000	1 403 500 000 000
Amerika	Geld	418 950 000 000	319 200 000 000
	Brief	421 050 000 000	320 800 000 000
Frankreich	Geld	24 339 000 000	18 164 000 000
	Brief	24 461 000 000	18 446 000 000
Schweiz	Geld	78 411 000 000	54 663 000 000
	Brief	78 789 000 000	54 937 000 000
D.-Oesterreich	Geld	5 978 000	4 389 000
	Brief	6 015 000	4 411 000

Der amtliche Mittelkurs.

= **Berlin,** 3. Nov. Mitteilung der Reichsbank. Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute (am 3. November) **420 Milliarden Mark.**

noch nicht erreicht war. Die schweren wirtschaftlichen und politischen Krisen, die Sie in Deutschland beobachten, sind nicht eine Folge des deutschen Verhaltens oder falscher Maßnahmen der Reichsregierung, sondern lediglich das Ergebnis der von draußen gegen uns angewandten Methode. Läßt man uns im Ruhrgebiet und im Rheinland arbeiten, zwingt man unsere Landsleute nicht, gegen ihren ausdrücklich unzählige Male feierlich verkündeten Willen, die separatistische Bewegung und deren Führer anzuerkennen, regelt man die Wiederherstellungsbedingungen so, daß Deutschland sie tragen kann, dann werden auch die Erschütterungen verschwinden, durch die jetzt die Existenz Deutschlands bedroht ist.

Poincare-Reden.

ss. **Paris**, 4. Nov. 1923. (Telegr.)

Poincare benutzte den heutigen Sonntag, um nicht weniger als fünf Reden zu halten. Von diesen fünf Reden sind zwei große politische Reden, während drei lediglich kurze Ansprachen ohne politischen Charakter sind.

Die erste seiner politischen Reden

hielt Poincare heute früh um 10 Uhr in Brive im Departement Correze. Nach der üblichen Einleitung kam er zunächst auf die Reparationsfrage zu sprechen und erklärte, Deutschland habe seiner Zeit versprochen, die Schäden, die es angerichtet habe, wieder gut zu machen. Es habe dem zugestimmt, daß der Reparationsbetrag vom Wiedergutmachungsausschuß festgesetzt werde, und habe sich sogar bereit erklärt, dem Wiedergutmachungsausschuß als Minimalgarantie einen Bond von 100 Milliarden Goldmark auszuhändigen. Aber Deutschland habe ständig versucht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen und behauptet, es habe bereits seit dem Friedensvertrag riesenhafte Summen gezahlt.

Poincare beschäftigt sich alsdann mit angeblichen deutschen Propagandabroschüren, die in den angelsächsischen Ländern verbreitet werden und darlegen sollten, daß Deutschland seinen Gläubigern bereits einen Gegenwert von 56 Milliarden Goldmark bezahlt habe. Poincare führt demgegenüber seine schon oft erwähnten Zahlen an, die auch von Engländern schon bemängelt worden sind. Poincare wendet sich dann den französischen Vorbehalten gegenüber dem Sachverständigenkomitee zu und äußert sich wörtlich: „Wir haben also unsere Vorsichtsmaßregeln treffen müssen, damit man nicht versucht, uns unsere Pfänder vor vollkommener Bezahlung aus der Hand zu nehmen, und damit bei der Untersuchung, die die Reparationskommission vornehmen lassen wird, um die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, man nicht auf Umwegen zu einer Festsetzung der deutschen Schuld zurückkommen kann." Poincare meint, er habe seinen Alliierten damit den freundschaftlichen Beweis geben wollen, daß er das Prinzip der Sachverständigenuntersuchung annehme, aber, — und dies ist das Hauptargument Poincares — Frankreich wäre natürlich entschlossen, sich vor, während und nach der Arbeit der Sachverständigen im Rahmen des Friedenspertrages zu halten. „Es ist offensichtlich", sagte er, daß, bevor Deutschland regelmäßige Zahlungen leisten kann, es seine Finanzen reformieren, eine gesunde Währungswiederherstellung und sich in die Lage versetzen muß, Anleihen im Auslande aufnehmen zu können."

Poincare meint, Deutschland befinde sich im Augenblick in verhältnismäßig wirtschaftlicher Blüte (!). Die deutsche Schiffahrt im Suezkanal sei in den letzten Monaten viel bedeutender gewesen, als z. B. die französische Schiffahrt und dies ist die Stunde, die Deutschland ausgesucht hat, um das Mitleid der ganzen Welt für sich herbeizuziehen.

Poincare kommt alsdann auf die Sicherheitsfrage zu sprechen. Der Friedensvertrag hätte die Frist für die Rheinlandbesetzung weit geringer gestaltet, als es für die Zahlung der deutschen Schuld notwendig wäre. Er werde nicht müde werden, immer zu wiederholen, daß er nicht daran denke, irgendein Gebiet sich anzueignen, sei es direkt, sei es indirekt, und daß er durchaus bereit sei, die Freiheit der Bewohner zu respektieren.

Poincare wendet sich alsdann der englischen Note über die Rheinlandfrage zu und erklärt, wir haben niemals versprochen, die deutsche Verfassung gegen die Deutschen zu schützen und haben ein solches Versprechen auch nicht für die Einheit des Reiches abgegeben. Jedenfalls enthebt die Initiative der germanischen Staaten die Alliierten nicht, untereinander die Verträge einzuhalten, die sie unterzeichnet haben.

In seiner

zweiten politischen Rede,

die Poincare in Toul hielt, äußerte sich der französische Ministerpräsident ausschließlich über die Frage der inneren französischen Politik. Er verteidigte sich gegen die ihm von der Presse zugeschriebene Absicht, ein Programm für die kommenden Wahlen aufzustellen, das im übrigen bei einem so alten Politiker wie ihm nichts wesentlich Neues bringen könnte. Er gibt dann in großen Zügen das Programm wieder, das er für die innere Politik vor wenigen Monaten vor der Kammer und dem Senate entwickelt hat. Aber, meint Poincare, in erster Linie habe sich die Kammer immer noch mit der auswärtigen Politik zu befassen. Poincare schildert alsdann, wie die Haltung Deutschlands die Aufrechterhaltung des Einverständnisses zwischen den Alliierten immer schwieriger gemacht habe. Aber schließlich werde Frankreich mit seinem Standpunkt durchdringen.

Forderungen der französischen Liga der Menschenrechte.

Paris, 4. Nov. (Telegr.) Der Kongreß der französischen Liga für Menschenrechte hat gestern seine Verhandlungen mit der Annahme einer Resolution über die Besetzung des Ruhrgebietes und die Reparationsfrage abgeschlossen, die in der Ruhrfrage nach Verurteilung der Besetzung aus Gründen rechtlicher, politischer, wirtschaftlicher und allgemein menschlicher Art zu folgenden Forderungen kommt:

1. **Amnestie unter Ausschluß lediglich der Verbrechen gegen das gemeine Recht, der Sabotage und des Mordes.**
2. **Rückkehr der Ausgewiesenen.**
3. **Wiedereinsetzung der Beamten, die lediglich den Anweisungen ihrer legitimen Regierung gefolgt sind.**
4. **Sofortige Verhandlungen über die Reparationen, und zwar nicht mit den Industriellen, sondern mit der deutschen Regierung, in denen der verzweifelten Lage der Arbeiter im Ruhrgebiet Rechnung zu tragen und ihre Rechte zu gewährleisten seien.**
5. **Räumung des Ruhrgebietes nach Maßnahme der Verhandlungen und beschlossener Ausführung der zur Garantierung der deutschen Zahlungen bestimmten Maßnahmen.**

In der Reparationsfrage verlangt die Resolution u. a. eine Lösung unter den Auspizen des Völkerbundes, Herabsetzung der deutschen Schuld durch Streichung der interalliierten Schulden, Verzicht auf die Bezahlung der Pensionen und Erstattung der Besatzungskosten, eine internationale Anleihe, garantiert durch eine deutsche Vermögensabgabe, sowie Sachlieferungen über die von der französischen Regierung vorgeschlagenen 30 Mrds. hinaus.

Der Separatismus am Rhein.

Die Pariser Antwort auf die britische Note.

Paris, 4. Nov. (Telegr.) Die französische Regierung hat gestern abend die britische Note in der Rheinlandsfrage beantwortet. Dem Vernehmen nach erklärt sie, daß die französische Regierung die Separatistenbewegung nicht hervorgerufen habe oder unterstütze. Sie beschränkt sich lediglich darauf, daß die Ordnung in der von den Franzosen besetzten Zone aufrechterhalten werde und daß die Bevölkerung nicht in ihrer freien Willensäußerung behindert werde. Die Note beschäftigt sich weiter mit der vom Foreign Office dem Artikel 27 des Versailler Vertrages gegebenen Auslegung, der wohl die Grenzen festgelegt habe, aber nicht garantiere. Der Vertrag habe die deutschen Gebiete bestimmt, die den Verpflichtungen des Versailler Vertrages unterworfen seien und diese blieben, selbst wenn sie sich vom deutschen Reiche loslösten. Eine interalliierte Garantie könne nicht stillschweigend eintreten, sie müsse ausdrücklich und formell sein; eine jede Abänderung des territorialen status quo, der im Vertrage von Versailles vorgesehen sei, schließe übrigens notwendigerweise eine Verletzung in sich, wenn z. B. das Ausland Deutschland angriffe und ihm eine Provinz entreißen würde, die Alliierten dann nicht verpflichtet sind, dem Reich zu helfen. Der Vertrag von Versailles würde seinen ganzen Wert trotzdem weiter behalten.

Aachen.

* **Köln**, 2. Nov. Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg." aus Aachen ist die Entwaffnung der Sonderbündler auf telegraphischen Befehl der belgischen Regierung erfolgt.

)(**Aachen**, 2. Nov. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei dem Kampf um den Besitz des Rathauses 3 Tote zu beklagen. In die Krankenhäuser wurden ungefähr 20 Verletzte eingeliefert.

= **Aachen**, 3. Nov. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung, die unter dem Eindruck der großen Kämpfe stattfand, wurde eine von allen Parteien unterzeichnete Erklärung eingereicht, die darauf hinweist, daß die Separatistenbewegung zur Errichtung einer vom Deutschen Reiche losgelösten Republik in der gesamten Bevölkerung Aachens nicht die geringste Unterstützung habe. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wird der Bevölkerung und der Polizei Dank und Anerkennung für ihr tapferes Verhalten ausgesprochen. Die Entschließung fordert die Bürgerschaft Aachens auf, weiter jedem Versuch, sich zum Verrat am Vaterlande verleiten zu lassen, unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen.

*

⊕ **Duisburg**, 2. Nov. In der Nacht zum Donnerstag wurden die blauen Polizeibeamten in den Bezirken 2, 3, 4 und 7 von starken Trupps uniformierter und ziviler Separatisten überfallen und zum Rathaus gebracht. Am Morgen erstattete man den belgischen Behörden Meldung. Da die blaue Polizei unter Kontrolle der belgischen Gendarmerie steht, wurde die Entlassung der Beamten veranlaßt. Die Untersuchung schwebt.

* **Frankfurt a. M.**, 2. Nov. Die „Frankf. Ztg." meldet, daß heute in Königstein im Taunus von den Separatisten die rheinische Republik ausgerufen wurde. Die Separatisten besetzten das Rathaus und das Landratsamt. Ein Widerstand der Bevölkerung war nicht möglich.

* **Köln**, 3. Nov. Wie die „Köln. Ztg." hört, hat der britische Oberkommissar in Koblenz Lord Kilmarnock eine Mitteilung der „Provisorischen Regierung" der Sonderbündler erhalten. Er hat sie zurückgehen lassen mit dem Bemerken, daß er keine Mitteilung von einer nicht anerkannten Körperschaft annehmen könne.

Deutsches Reich.

Die Goldrechnung bei der Reichsbahn.

⊕ Einem Vertreter des WTB. gegenüber wies der Reichsverkehrsminister auf die Bedeutung der am 1. Nov. erfolgten Einführung der Goldrechnung bei der Reichsbahn hin, wodurch erst wieder eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben möglich werde. Der Minister erklärte weiter u. a. noch, für den Rest des laufenden Haushaltsjahres wird ein Goldhaushalt aufgestellt. Ueberall wird es wieder heißen, keine Ausgaben ohne Deckung. Trotz der absoluten Höhe der Tarife können wir bei einem erhöhten Rückgang des Verkehrs bis auf weiteres kaum mit befriedigenden Einnahmen rechnen. Die Ausgaben, die sich wirtschaftlich als Abschreibungen darstellen, müssen hinter die Ausgaben zurücktreten, die zur Deckung der Durchführung des Betriebes erforderlich sind. Der Minister wies dann erneut auf die bevorstehenden Einschränkungen und Vereinfachungen im Personen- und Güterverkehr hin und erklärte, die Ausgaben für Erhaltung und Ergänzung der baulichen Anlagen werden auf die Erhaltung des betriebssicheren Zustandes beschränkt. Neue Bauten werden bis auf weiteres nicht mehr angefangen, bei den angefangenen ließen sich Einschränkungen nicht umgehen. Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß es in absehbarer Zeit wieder gelingen werde, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen, das die Reichsbahn bereits 1922 erreichs hatte, bevor es durch die Ruhraktion zerstört worden sei.

*

Die Danziger Währung.

⊕ **Danzig**, 3. Nov. Nach einem dem Volkstag zugestellten Gesetz gelten vom 1. Januar 1924 ab im Gebiet der Freistadt Danzig der Gulden und die Pfennige als alleinige Zahlungsmittel. Dem Staate steht allein das Recht zur Ausprägung von Metallgeld zu. Es werden geprägt Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen. Durch ein Notenbankgesetz überträgt Danzig das Recht zur Ausgabe von Geldscheinen vom 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1953 an die in Danzig zu begründende Bank, deren Aktienkapital 75 Millionen Gulden beträgt.

*

Not-Linderungsmaßnahmen.

)(**Zur Linderung der größten Not auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hat die Reichsregierung für die Milchversorgung erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt, sowie Mittel, die eine Stärkung der mit Hilfe des Auslandes durchgeführten Kinderspeisungen sichern. In besonders dringenden Fällen wird die Reichsregierung eine Kredithilfe in die Wege leiten, damit vorhandene Lebensmittel möglichst billig in den Verkehr gebracht werden. Auch auf den übrigen Wirtschaftsgebieten hat die Reichsregierung nachdrücklich Einfluß auf die Preispolitik genommen, so sind die Preise bei der Kohle, bei Baustoffen, beim Roheisen und bei gewissen Teilen der eisenverarbeitenden Industrie gesenkt worden. Durch besondere Einwirkung auf die Preisprüfungsstellen und fortgesetzte Ueberwachung der wirtschaftlichen Verbände werden vorhandene Mißstände im Warenverkehr bekämpft werden.**

*

Ein Kartellgericht.

Eine halbe Maßnahme.

⚔ Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht heute eine Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung. Um im allgemeinen Interesse durch Einschränkung der Erzeugung übermäßige Risikozuschläge und durch die tatsächlichen Produktionskosten nicht begründete Preisstellungen nachdrücklich zu bekämpfen und die Kreise der Produktion und des Handels wieder zu dem vielfach verloren gegangenen Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Gemeinwohl zurückzuzwingen, glaubt die Reichsregierung, nicht eine völlige Zertrümmerung der Kartelle eintreten zu dürfen. Diese Organisationen sollen durch ihre Reinigung dazu befähigt werden, der Anbahnung einer lauteren Geschäftsgebahrung, der Verbreitung rationeller Produktionsmethoden und einer Vereinheitlichung der Preisbildung zu dienen. Gefährdet ein Kartellvertrag die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl, so kann der Reichswirtschaftsminister bei dem neu zu schaffenden Kartellgericht die Nichtigkeitserklärung des Vertrages beantragen oder den Beteiligten das Recht der fristlosen Kündigung gewähren. Auch kann die Rechtsgültigkeit aller künftigen Maßnahmen eines deutschen Kartells von einer vorher zu erstattenden Meldung an den Reichswirtschaftsminister abhängig gemacht werden. Außerdem kann jedes Kartellmitglied seinen Vertrag bei jeder unbilligen Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit fristlos kündigen. Für jeden Kartellvertrag wird künftig schriftliche Form verlangt.

Abnehmern, die zu unbilligen Geschäftsbedingungen Verträge getroffen haben, kann das Kartellgericht ein Rücktrittsrecht von ihren Verträgen gewähren. Dieses Recht steht ihnen auch Einzelunternehmungen zu, wenn eine Gefährdung der Gesamtwirtschaft oder des Gemeinwohles unter Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung vorliegt. Das Kartellgericht wird beim Reichswirtschaftsgericht gebildet. Es entscheidet in der Besetzung mit einem richterlichen Vorsitzenden und vier Beisitzern, die vom Präsidenten des Reichswirtschaftsgerichts bestimmt werden. Ein Beisitzer ist ein Reichswirtschaftsgerichtsrat; zwei Beisitzer werden aus den Wirtschaftsgruppen der streitenden Parteien entnommen; der vierte Beisitzer ist eine sachkundige Persönlichkeit, von der die unabhängige Vertretung des Gemeinwohls erwartet werden darf. Für die nichtrichterlichen Beisitzer stellt der Reichswirtschaftsminister Listen von sachverständigen Persönlichkeiten auf, die die Gewähr für eine gerechte Würdigung der Gesamtinteressen bieten. Die zur Zeit bestehenden Schiedsgerichte in Kartellangelegenheiten sollen keineswegs ausgeschaltet werden. Der Reichswirtschaftsminister kann vielmehr in geeigneten Fällen das Verfahren zunächst vor diesen Stellen einreichen.

Vor einem Wechsel in der Berliner englischen Botschaft.

na Die Nachrichten über einen bevorstehenden Rücktritt des englischen Botschafters Lord d'Abernon in Berlin erhalten sich hartnäckig aufrecht. Vom Londoner Auswärtigen Amt wird in dieser Angelegenheit eine Mitteilung verbreitet. Diese lautet Lord d'Abernon habe im Jahre 1920 den Posten eines Botschafters in Berlin nur für eine begrenzte Periode angenommen. Eine Entscheidung über die Wahl seines Nachfolgers sei bisher noch nicht getroffen werden. Danach steht die Neubesetzung des englischen Botschafterpostens in Berlin bevor.

Zeigner zum Landgerichtsdirektor ernannt.

= **Dresden**, 3. Nov. Wie wir hören, ist der frühere Ministerpräsident, der Landtagsabgeordnete Dr. Zeigner, zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Dresden ernannt worden.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte für das ganze Reich verboten.

Der Reichswehrminister Dr. Geßler hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September wird der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte mit Wirkung für das ganze Reich aufgelöst und verboten.
(ges.) Dr. Geßler.

Beamtenfragen.

10 Prozent des Gehaltes wird wertbeständig ausgezahlt.

* **Berlin**, 4. Nov. Laut „Voss. Ztg." hat das Reichsfinanzministerium eine Verfügung erlassen, daß bei den Lohnzahlungen an die Reichsarbeiter am 8. Nov. und bei den Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten am 9. Nov. 10 Prozent der Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden sollen.

Vorläufig keine Beförderungen mehr.

ss **Berlin**, 4. Nov. (Telegr.) In Auswirkung der Verordnung über den Personal- und Beamtenabbau hat die Reichsregierung, wie wir erfahren, verfügt, daß vom 23. November ab bis zum März in allen Reichsverwaltungen die Beförderungen auszusetzen sind. In besonderen Fällen kann der Reichsminister der Finanzen Ausnahmen zulassen, wenn es sich um Besetzung von wichtigen politischen Beamtenstellen handelt, oder wenn Vertretungen gesetzlich nicht zugelassen sind, oder die Hinausschiebung der Stellenbesetzung nicht angängig ist. Der Beschluß ist den Reichsressorts durch Rundschreiben bekannt gegeben worden. Außerdem ist er den Regierungen mit der Bitte mitgeteilt worden, für die Beamten der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen öffentlichen Körperschaften eine gleichmäßige Regelung zu treffen.

Auf dem Wege zur wertbeständigen Entlohnung der Eisenbahner.

Ä **Berlin**, 3. Nov. Auch die Reichsbahn wird durch Herausgabe von wertbeständigen Geldscheinen, die sich auf Goldanleihe stützen, die Bezüge des Reichsbahnpersonals zum Teil und nach steigendem Verhältnis wertbeständig gestalten. Damit die hierfür erforderlichen wertbeständigen Zahlungsmittel bei den Kassen der Reichsbahn verfügbar sind, wird der Reichsverkehrsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium demnächst wertbeständige Anteilscheine über 0,42 Gold gleich ein Zehntel Dollar, über 1.05 Gold gleich ein Viertel Dollar, sowie 2.10 Gold gleich einem halben Dollar herausgeben, die vorläufig als Zahlungsmittel gelten sollen und später in Schatzanweisungen des Reiches umzutauschen sind. Diese Anteilscheine sollen vorläufig lediglich zu Gehalts- und Lohnzahlungen verwendet werden.

Vermischtes.

Krieger-Gedenkfeier in München.

* **München**, 4. Nov. (Telegr.) Aus Anlaß der Grundsteinlegung für das Kriegergedenkmal vor dem Armee-Museum im Hofgarten veranstaltete heute der Bezirk München des bayerischen Kriegerbundes eine große Trauerfeier für die 13 000 im Weltkrieg gefallenen Söhne Münchens. Als Ehrengäste waren Kronprinz Rupprecht, die Prinzen Leopold und Alfons und die Prinzessinnen des ehemaligen Königshauses, Ministerpräsident Dr. von Knilling, Staatskommissar Dr. von Kahr, Landtagspräsident Königsbauer und General von Lossow erschienen. Die Reichswehr war mit einer Ehrenkompagnie angerückt; ferner hatten sämtliche Kriegerveteranen- und Soldatenvereine der Landeshauptstadt mit umflorten Bannern und Sandarten Aufstellung genommen, ebenso die vaterländischen Verbände und die Hitlerkampfverbände mit ihren Hakenkreuzfahnen und die Jungmannschaften. Die Studentenschaft war auf der Freitreppe zum Armee-Museum versammelt. Feldgottesdienst leitete den Trauerakt ein. Die Gedenkrede vor dem Grundstein hielt der erste Präsident des bayerischen Veteranen- und Kriegerbundes, General von Reuter, der mit dem Wunsche schloß, daß das deutsche Volk endlich ein einiges Volk werden möge. Darauf trat Kronprinz Rupprecht an den Grundstein und vollführte die ersten Hammerschläge mit den Worten: „In Dankbarkeit für die gefallenen Helden und zum ewigen Andenken an sie!" An der Seite des Generals von Lossow nahm er den Vorbeimarsch der Fahnenkompagnie, der Kriegervereine, der vaterländischen Verbände und der Kampfverbände ab. Die Kampfverbände formierten sich noch zu einem Vorbeimarsch vor Hitler in der Maximilianstraße vor dem Regierungsgebäude. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Das Nachbarhaus.

(83

Roman von A. K. Green.

Nachdruck verboten.

Noch immer schwieg die junge Frau, nur ihre Lippen bewegten sich leise, als ob sie etwas sagen wollte.

„Ich denke, Sie haben großes Unglück gehabt," versuchte Fräulein Spicer jetzt mit noch gütigerem Blick und Ton sie aufzumuntern. „Und in diesem Falle soll Ihnen mein Haus eine Zuflucht, ein Schutz gegen alle Unbill sein. Nun Fräulein Oliver, was können Sie mir darauf antworten?"

Jetzt brach eine Flut von Worten über die Lippen des jungen Weibes: „O, Sie sind meine Retterin! Glauben Sie mir doch nur! Von Unglück verfolgt bin ich zu Ihnen gekommen. Ich habe nichts Böses getan. Ich sehe keinen Grund, weshalb ich Sie verlassen müßte, wenn nur nicht mein heimlicher, Kummer Ihnen lästig fällt."

War das die Sprache einer leichtfertigen Frau, die nur zufällig in den schrecklichen Mord verstrickt worden war? In diesem Falle war sie eine weit vollendetere Schauspielerin, als ich es nach Howards Beschreibung von ihr gedacht hätte.

„Sie machen mir den Eindruck eines Mädchens, das die Wahrheit zu sprechen gewöhnt ist", sagte Fräulein Spicer. Dann zu mir gewandt, mit freundlichem Lächeln: „Glauben Sie nicht, daß sie sich doch geirrt haben, Fräulein Butterworth?"

Ich hatte vergessen, sie zu bitten, meinen Namen vor der Fremden nicht zu erwähnen. Ich fürchtete, Ruth Oliver würde jetzt mit einem Schrei von mir zurückweichen. Aber sie zeigte sich nicht erregter als früher. Das überraschte mich, denn ich hatte ihr eine so große Selbstbeherrschung doch nicht zugetraut. Wenn sie meinen Namen, der mit dem Drama in Grammercy Park so eng verknüpft war, absichtlich nennen hörte, mußte sie sich doch verraten! Aber kein Muskel zuckte in ihrem Gesicht.

Ich sah ein, daß ich gegenüber einem so gewandten Gegner meine Taktik ändern mußte. Deshalb antwortete ich mit meinem liebenswürdigsten Lächeln zu Fräulein Spicer gewandt: Vielleicht habe ich mich wirklich geirrt. Auch mir scheinen Fräulein Olivers Worte aufrichtig zu sein, und ich bin geneigt, wenn Sie selbst ihr Glauben schenken, es auch zu tun. Man kann ja so leicht zu falschen Schlüssen gelangen."

Ich steckte das Nadelkissen in meine Tasche, wobei ich eine Miene machte, als wäre mit den letzten Worten die Angelegenheit für mich endgültig erledigt. Meine Haltung schien auf die junge Frau den gewünschten Eindruck zu machen, denn sie lächelte leise, wobei sie zwei Reihen der schönsten weißen Zähne sehen ließ.

„Entschuldigen Sie mich, Fräulein Oliver," sagte ich zu ihr, „daß ich bei Ihnen so ungebeten eingedrungen bin."

Noch einen scharfen scharfen Blick warf ich über das ganze Zimmer und suchte mir die wenigen Sachen einzuprägen, die Fräulein Oliver gehören mochten; dann trat ich aus dem Zimmer. Fräulein Spicer folgte mir auf dem Fuße.

„Die Sache ist viel ernster, als ich Ihnen zu verstehen gegeben habe, vertraute ich ihr jetzt an, sobald wir uns einige Schritte entfernt hatten. Wenn sie doch die Person ist, die ich meine, wird die Polizei benachrichtigt werden müssen, daß sie sich bei Ihnen befindet."

„Sie hat also gestohlen?

„Sie hat ein viel schwereres Verbrechen begangen."

Fräulein Spicer blickte ratlos um sich. Endlich sagte sie: „Ich möchte gern meine Nichte und dann vor allem Herrn Stone um Rat fragen. Sein Urteil kann uns nützlich sein."

„Ich möchte lieber niemand ins Vertrauen ziehen — schon gar nicht einen Mann. Er würde nur Ihre Interessen wahrnehmen wollen und mit dem jungen Mädchen rücksichtslos umgehen. Und auch Fräulein Althorpe würde vor allem an Sie denken."

„Ja, vielleicht haben Sie recht. Aber wie sollen wir allein uns Rat schaffen?"

„Das ist sehr einfach. Wir müssen, ohne weiter zu zögern, uns versichern, ob dieses Mädchen die Person ist, die unter anderem auch einige Gegenstände aus dem Haus einer meiner Freundinnen mitgenommen hat. Ist sie es, so finden wir gewiß in ihrem Zimmer oder auf ihr selbst die unwiderleglichen Beweis dafür. Ich nehme an, daß sie seit ihrer Ankunft bei Ihnen das Haus nicht verlassen hat?"

„Nein."

„Und sie ist meist oben auf ihrem Zimmer geblieben?"

„Ja, nur wenn ich sie brauchte, ist sie herabgekommen."

„So könnte ich alles, was ich wissen will, in ihrem Zimmer erfahren. Aber wie soll ich dort nachforschen, ohne sie zu verletzen?"

„Was möchten Sie eigentlich wissen, Fräulein Butterworth?"

„Ob sie fünf wertvolle Ringe bei sich hat."

„Nun, Ringe lassen sich leicht verbergen."

„Und sie verbirgt sie gewiß recht gut. Daran zweifle ich jetzt nicht mehr. Aber ich muß es auch beweisen können; eher ist es mir nicht möglich, die Polizei zu Hilfe zu nehmen."

„Ja, jetzt müssen wir beide die Wahrheit wissen. Armes Mädchen! In einem solchen Verdacht zu stehen! Wie groß muß die Versuchung gewesen sein!"

„Wenn Sie mir nur vertrauen wollen, Fräulein Spicer, so werde ich alles in Ordnung bringen."

„Ja, wie soll ich das tun?"

„Das Mädchen ist krank, lassen Sie mich sie pflegen."

„Sie ist krank?"

„Ja, oder sie wird doch spätestens morgen früh krank sein. Sie fiebert jetzt schon hocharadig. Sie hat sich soviel geräumt, daß sie davon krank geworden ist. Ich will sie aber auch gewiß gut pflegen."

Das hatte ich auf einen mißtrauischen Blick Fräulein Spicers noch rasch hinzugefügt. Nach einigem Nachdenken erhielt ich die Antwort:

„Sie stellen mich vor ein schwieriges Problem. Doch immerhin scheint mir das besser zu sein, als das arme, vielleicht unschuldige Wesen fortzujagen oder gleich die Polizei zu holen. Aber meinen Sie, daß sie Sie in ihrem Zimmer dulden wird?"

„Ich glaube ja; wenn ihr Fieber steigt, wie ich sicher annehme, wird sie sich wenig um das kümmern, was um sie herum vorgeht. Ich kenne mich bei solchen Krankheiten gut aus."

„Und während sie bewußtlos ist, wollen Sie das Zimmer und sie selbst durchsuchen?"

„Schauen Sie nicht so entsetzt drein, Fräulein Spicer. Ich habe Ihnen versprochen, daß ich sie nicht quälen werde. Sie wird sich gewiß nicht ohne Hilfe auskleiden können. Und dabei werde ich wohl gewahr werden, ob sie etwas auf sich verbirgt."

„Ja, das wäre möglich."

„Jedenfalls werden wir dann klüger sein, als jetzt. Also soll ich es versuchen, Fräulein Spicer?"

„Ich kann nicht nein sagen," kam es langsam und zögernd von ihren Lippen. „Es scheint Ihnen so viel daran zu liegen."

„Ja, ich habe auch alle Ursache dazu, ich tue es auch aus Rücksicht auf Sie."

„Daran zweifle ich gar nicht. Aber kommen Sie doch jetzt mit mir zum Abendbrot."

„Nein, ich danke. Bemühen Sie sich nicht weiter um mich, ich brauche nichts für mich. Aber lassen Sie bitte meinem Stubenmädchen, das unten im Wagen auf mich wartet, sagen, sie möge nach Hause fahren und über meine Abwesenheit nicht in Sorge sein. Und bitte denken Sie jetzt nicht weiter an diese Ruth Oliver und an das, was ich von ihr wissen will."

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Ich kehrte nicht sogleich zu Ruth Oliver zurück, sondern wartete, bis das Abendbrot zu ihr hinaufgeschickt wurde. Da nahm ich dem Stubenmädchen die Platte ab. Das Mädchen war darüber gar nicht erstaunt, so daß ich annahm, Fräulein Spicer habe meine Anwesenheit in ihrem Hause ihrem Personal bereits genügend erklärt. Dieser Gedanke beruhigte mich, und ohne zu zögern trat ich jetzt in Ruth Olivers Zimmer. Die Platte stellte auf einen kleinen Tisch.

Das Mädchen stand noch an derselben Stelle wie früher, als wir sie verlassen haten. Aber sie schien sich kaum noch aufrecht halten zu können und stützte sich schwer auf den Bettpfosten. Als meine Augen den ihren begegneten, überlief sie ein Schauer, und sie schien sich zu fragen, wer ich eigentlich sei, und was ich denn von ihr wolle. Ich hatte mich über ihren Körperzustand nicht getäuscht.

Ich näherte mich ihr mit liebreichen Worten, denn ihre trostlose Lage rührte mich, trotz meiner wohlbegründeten Voreingenommenheit gegen sie. Als ich sah, daß sie nicht imstande war, mich zu verstehen und mir zu antworten, setzte ich sie aufs Bett und begann sie zu entkleiden.

Ich hatte erwartet, daß sie widerstreben würde, aber sie ließ ohne Zögern und, wie es schien, dankbar alles mit sich geschehen; nur als ich ihre Schuhe anfassen wollte, sprang sie entsetzt auf und zog ihren Fuß heftig zurück. Ich sah mich genötigt, ihr nachzugeben und sie in Ruhe zu lassen, aus Furcht, sie könnte einen Anfall bekommen.

Das bestärkte mich in meiner Ueberzeugung daß Luise Van Burnam hier vor mir lag. Sie mußte wohl unausgesetzt an die Narbe denken, von der in den Zeitungen so viel gesprochen worden war, und an der man sie leicht erkennen konnte. Und wen sie auch schon einen Augenblick das Bewußtsein dessen, was um sie herum geschah, verloren hatte, so war doch der Selbsterhaltungstrieb noch so groß in ihr, daß sie diesen letzten Versuch machte, um sich vor der Entdeckung zu schützen.

Ich hatte Fräulein Spicer gesagt, daß ich vor allem wissen wollte, ob Ruth Oliver im Besitz von gestohlenen Ringen war. Bis zu einem gewissen Grade war das auch richtig. — die Ringe wären noch ein bedeutsamer Beweis für ihre Schuld gewesen — aber in diesem Augenblick hatte ich nur noch den einen Wunsch, die Narbe zu finden, die mit einem Schlage die Identität feststellen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

An unsere Bezieher!

Die fortdauernde Geldentwertung sowie die damit in Verbindung stehende Steigerung aller Unkosten zwingt uns, den Bezugspreis für die Woche vom 4. bis 11. November auf

80 Milliarden Mark

festzusetzen.

Die Banken lehnen es ab, kleinere Scheine in Zahlung zu nehmen.

Wir bitten daher unsere Bezieher, den Betrag nur in Scheinen nicht unter eine Milliarde Nennwert den Boten zu behändigen und ihnen das Inkassogeschäft möglichst zu erleichtern.

Wir behalten uns vor, von denjenigen Beziehern, welche den Bezugspreis bis Donnerstag Abend nicht entrichtet haben, einen erhöhten Bezugspreis zu erheben.

Verlag der „Gelsenkirchener Zeitung"
Chr. Müntermann.

Der neue Marksturz.

Von einem wirtschaftspolitischen Berliner Mitarbeiter.

Der jetzige neue Marksturz ging aus von der Goldanleihe. Dieser Tage konnte man an der Börse eine fieberische Spannung beobachten. Dollarschatzanweisungen waren fast gar nicht zu erhalten. Aufträge unter 1000 Dollar wurden in der Regel gar nicht berücksichtigt. Darüber hinaus fanden minimale prozentuale Zuteilungen statt. Das hatte zur Folge, daß sich alles auf die Goldanleihe stürzte, um so mehr, als man bald heraus hatte, daß hier ein sehr günstiges Spekulationsobjekt gegeben war. Und daß es dahin kam, ist eine schwere Schuld der für die Behandlung dieser Dinge zuständigen amtlichen Stellen. Da nämlich die Goldanleihestücke gar nicht lieferbar waren, wurden sie drei und viermal umgesetzt, wechselten also drei- und viermal ihren Besitzer, während die Zwischengewinne zu neuen spekulativen Anlässen, und zwar gerade wieder auf dem Goldanleihemarkt verwandt wurden. Auf der anderen Seite aber wurde diese Goldanleihe zu den zwangsweise gehändigten offiziellen Börsenkurs von der Spekulation an sich gebracht, um unmittelbar darauf, mit einem totsicheren erheblichen Zwischengewinne abgesetzt zu werden.

So wurde die Goldanleihe, die ja „wertbeständiges" Zahlungsmittel sein, und die Aufgabe haben sollte, den Papiermarkumlauf zu ersetzen, zu einem Spekulationsmittel, und die Gewinne, die auf diese Weise in schmutzige Hände und unsaubere Taschen flossen, müssen nun jetzt, da die Dämme gebrochen sind, von den großen Massen wieder aufgebracht werden.

Das sind unerhörte und unerträgliche Zustände, die nach all den vielen Erfahrungen auch die Reichsbank hätte voraussehen können, die aber an ihrer unbegreiflichen Zauberpolitik sich herausbilden konnten. Wie ernst die Situation ist, mag daraus zu ersehen sein, daß sogar Geschäfte im Lebensmittelhandel, die auf der Basis der Goldanleihe abgeschlossen wurden, nicht zur Ausführung kommen konnten, weil die Stücke einfach nicht geliefert werden konnten. Immer und immer wieder werden technische Schwierigkeiten vorgeschützt. Dazu kommt, daß die Reichsbank es bisher noch nicht für nötig gehalten hat, die Banken zu einem unmittelbaren Giro-Verkehr in Goldanleihe anzuhalten, so daß die des Bankwechsel einen Goldanleiheersatz abgegeben hätten. Die Banken selber freilich reißen sich nicht um eine solche Ausgabe, denn sie selber sind ja die Nutznießer dieser Reichsbanktaktik in größtem Maßstabe gewesen.

Zwei Erscheinungen kündigen den Durchstoß der Reichsbanktaktik am verhängnisvollen 1. November 1923 an, einmal der Umstand, daß die Goldanleihe zum ersten Mal seit ihrer Notierung einen höheren Kurs als der Dollar aufwies, und zum zweiten die Tatsache, daß Repartierungen auf 15 Prozent vorgenommen werden mußten. Hier zeigt sich das krasse Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, das dann besonders beleuchtet wurde durch ein spekulatives Hochtreiben der Goldanleihe bis fast zu dem eine halbe Billion Papiermark ausmachenden Neuyorker Dollarkurs.

Die jetzigen Ereignisse zeigen, daß die Reichsregierung nun endlich die nötigen Konsequenzen ziehen muß, die nur darin erkannt werden können, den Druck der Papiernoten, die ja doch nicht mehr mit der weiteren Entwertung Schritt halten können, einzustellen, und dafür sofort wertbeständige Zahlungsmittel in ausreichendem Umfange in den Verkehr zu bringen, aber auch dafür zu sorgen, daß die Spekulation ihr Bemühen nicht, wie immer, zerschlägt.

Gold-Schatzanweisungen.

Berlin, 4. Nov. (Telegr.) Der Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln ist außerordentlich schnell gewachsen. Anderseits stößt die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld auf Schwierigkeiten, weil der Betrag der Goldanleihe, die als Unterlage für wertbeständiges Notgeld dient, auf 500 Millionen Goldmark beschränkt worden ist. Daher hat sich der Reichsfinanzminister entschlossen, 6prozentige im Jahre 1932 fällige Gold-Schatzanweisungen bis zu einem Betrage von 300 Millionen Goldmark auszugeben. Diese mit Zinsscheinen ausgestatteten Schatzanweisungen werden nicht in kleinen Stücken geschaffen. Der niedrigste Betrag wird 25 Dollar gleich 105 Goldmark sein und sind nicht dazu bestimmt, als Zahlungsmittel verwendet zu werden.

*

Das Problem der Marktabilisierung.

Berlin, 4. Nov. (Telegr.) Am heutigen Sonntag hat beim Reichsfinanzminister unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers eine eingehende Besprechung mit Sachverständigen über die Markstabilisierung stattgefunden auf der Grundlage des gestrigen Beschlusses des Reichskabinetts, ein festes Mindestumrechnungsverhältnis zwischen einem wertbeständigen Wert und der Papiermark herzustellen. Es handelt sich dabei um eine begrenzte Papiergeldmenge, die bekanntlich mit dem Inkrafttreten der Rentenmark die Notenpresse zum Stillstand kommt. Die Sachverständigen haben die Absichten der Regierung einmütig als praktisch durchführbar bezeichnet und so bestimmte positive Vorschläge gemacht, daß eine endgültige Beschlußfassung der Reichsregierung in kürzester Frist erfolgen kann. Aus den Kreisen der Sachverständigen ist zugleich mit großem Nachdruck gefordert worden, daß gegen ungenehmigtes Notgeld mit aller Schärfe eingeschritten wird und daß das genehmigte Notgeld nach anderweitiger Befriedigung des dringendsten Bedarfs an Zahlungsmitteln sofort eingezogen werden muß.

Parlamentarisches.

Verordnungsentwurf über Lohn- und Gehaltspfändung.

ss **Berlin**, 4. Nov. Dem Reichsrat liegt ein Verordnungsentwurf über Lohn- und Gehaltspfändung vor, der eine automatische Anpassung der Pfändungsgrenzen an die Geldentwertung vorsieht. Anstelle der bisher ziffernmäßig bestimmten Grenzbeträge sollen künftig Beträge treten, die sich durch Vervielfältigung eines festen Grundbetrages mit der jeweiligen Teuerungszahl ergeben. Die Grenzsummen sollen nicht wie bisher Jahresbeträge sondern Wochenbeträge sein. Die Grundbeträge sollen für die absoluten Pfändungsgrenzen Mk. 30. für die Woche und für die Grenze des § 1 Abs. 3 der Verordnung über Lohnpfändung Mk. 100 für die Woche betragen. Als Multiplikator soll die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten genommen werden.

Die Personenstandsaufnahme in Gelsenkirchen.

In nachstehender Tabelle bringen wir das Ergebnis der Personenstandsaufnahme, die am 10. Oktober 1923 vorgenommen wurde. Wie die Zahlen beweisen, hat die Gesamtbevölkerung der Stadt eine Abnahme von zusammen 1031 Personen gegenüber der Feststellung im Vorjahre erfahren. An dem Verlust sind in der Hauptsache die Bezirke Hüllen, Bismarck und Bulmke beteiligt. Dann folgen die Altstadt, Hessler und Neustadt. Bezeichnenderweise hat Ueckendorf sogar eine Zunahme von 432 Personen und Schalke eine solche von 9 Personen. Der Gesamtgewinn beträgt 432, der gesamte Abgang 1463, so daß eine Mehrabnahme von 1031 Personen festzustellen ist. Die ganze Stadt zählte am 10. Okt. dieses Jahres 181 475 Personen. Die Zahl der weiblichen Bevölkerung wird um etwa 4200 von der männlichen übertroffen.

Nach der Konfession gesehen, halten sich die großen christlichen Bekenntnisse ungefähr die Wage, nämlich 86 168 Protestanten gegenüber 87 078 Katholiken. Um das ganze umfangreiche Zählwerk durchführen zu können, war die Stadt in 507 Bezirke eingeteilt worden. Das Amt eines Zählers wurde ausgeübt von 87 Lehrpersonen (gegenüber 158 im Vorjahre), 21 (13) Werksbeamten, 203 (—) erwerbslosen Bürgern, 16 (14) staatlichen Polizeibeamten und 170 (241) städtischen Beamten und Angestellten. All ihnen, die diese Tätigkeit ehrenamtlich verrichtet haben, gebührt der Dank der Stadt.

Stadtbezirk	Zahl der Personen überhaupt männl.	weibl.	zus.	evgl.	kath.	Davon sind jüdisch	dissident.	baptist.	andere od. ohne Relig.	Personenstand des Vorj.	Jetzt mehr	weniger
Altstadt	15 724	16 053	31 777	12 396	17 317	1 001	309	255	508	31 975	—	198
Neustadt	5 845	5 554	11 399	5 342	5 713	82	125	15	122	11 461	—	62
Schalke	18 521	17 350	35 871	17 281	16 950	114	680	322	574	35 862	9	—
Hessler	4 643	4 358	9 001	5 138	3 407	3	256	72	119	9 141	—	140
Bismarck	15 045	13 749	28 794	15 458	12 412	12	335	196	383	29 154	—	360
Bulmke	11 389	11 009	22 398	11 532	9 769	61	507	142	387	22 718	—	320
Hüllen	5 572	5 030	10 602	5 217	4 611	7	526	49	192	10 955	—	283
Ueckendorf	16 105	15 528	31 633	13 806	16 899	96	364	73	395	31 210	423	—
	92 844	88 631	181 475	86 168	87 078	1 382	3 043	1 124	2 680	182 506	432	1 468
											ab:	432

Demnach Gesamtabnahme: 1 031

Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen.

Die Sonntagsschichten für die Kokereiarbeiter.

Vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter wird uns geschrieben: Folgendes Schreiben wurde an das Reichsarbeitsministerium in Berlin gesandt:

Zum wiederholten Male hat sich der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands beim Reichsarbeitsministerium bemüht, für die Kokereiarbeiter die Bezahlung der tariflichen Pflichtsonntagsschichten zu erreichen. Auf die am 7. August eingereichte Eingabe kam aus dem Reichsarbeitsministerium folgender Bescheid vom 16. August 1923. An die Hauptgeschäftsstelle des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Essen, Schützenbahn 64:

Zum Schreiben vom 7. August 1923.

Nach nochmaliger Prüfung Ihres Antrages will ich zulassen, daß allen solchen Arbeitern in ununterbrochenen Betrieben, z. B. Kokereien, Hochöfen und dergl., welche auf Grund tariflicher Vereinbarungen regelmäßig Sonntagsschichten verfahren, auch die Sonntagsschicht aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge ersetzt werden kann. Dabei setze ich als selbstverständlich voraus, daß die Arbeiter nicht zugleich für die Feierschicht entschädigt werden, die an einem Werktage eingelegt ist, um die Sonntagsarbeitsschicht auszugleichen. Im Entwurf gez.: Dr. Brauns. Beglaubigt: Müller, Ministerialkanzleisekretär.

Leider ist es bis jetzt bei diesem Bescheid geblieben. Eine Entschädigung haben die Kokereiarbeiter bis jetzt nicht erhalten. Die Unternehmer erklären, von der Angelegenheit nichts zu wissen. Den Bescheid haben wir, aber eine Verfügung, daß das Geld von irgend einer Stelle zur Auszahlung gelangen soll, ist uns nicht bekannt. Letzteres ist aber maßgebend."

In einer Konferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter gelangte folgende

Entschließung

zu dieser Angelegenheit zur Annahme:

„Die Konferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands hat mit lebhaftem Bedauern feststellen müssen, daß auf den Zechen die den Tagesarbeitern vom Herrn Reichsarbeitsminister zugesagte Entschädigung für ausgefallene Sonntagsschichten nicht gezahlt wird. Die Konferenz beantragt aufs dringendste, daß das Reichsarbeitsministerium bindende Anordnungen trifft, daß die versprochenen Zahlungen von den Zechen unverzüglich nach dem zur Zeit der Auszahlung geltenden Schichtlohn vorgenommen wird."

Lokales.

Gelsenkirchen, den 5. November 1923.

Die Natur im November.

= **Als Uebergangszeit** vom Herbst zum Winter zeigt sich der November (wie alle Uebergangszeiten) von der schlechteren Seite, stürmisch, unfreundlich, ja trübselig ist er. Dann herrscht regnerisches, ungangenehmes Wetter und so schleppen sich die Tage und Wochen durch den ganzen Monat, nur selten unterbrochen helle, sonnige Stunden das öde, graue Einerlei. Hat der Oktober noch mit der Entlaubung der Bäume gegeizt, so schafft der November um so nachdrücklicher: die meisten Bäume stehen kahl, laublos starren die Aeste gen Himmel. Nur die „Immergrünen" wissen zu widerstehen und geben nächst den Nadelhölzern der Natur eine anheimelnde Färbung, der eintönigen Landschaft zugleich eine angenehme Unterbrechung. Die Beeren und Früchte sind als willkommene Beute der Vögel fast ganz verschwunden. Einsam liegen jetzt Wald und Flur, denn bei dem scheußlichen Wetter beschränkt sich das Leben von Tier und Vogel (die niedere Tierwelt ist so gut wie ganz verschwunden) auf das allernotwendigste, und wenn nicht nordische gefiederte Gäste einträfen, wären außer Krähen, Rebhühnern, Meisen, Zaunkönigen, Goldammern, Grünlingen, Finken, Kreuzschnäbeln nur wenig Vögel zu sehen. Die Vierfüßler sind noch weniger bemerkbar, es ist Jagdzeit, da weicht den Menschen alles aus, was ihn zu fürchten hat, und nur der Zufall bringt ein oder das andere vor Gesicht, oder die Treibjagd vor das Gewehr.

)(**Papiermark und wertbeständige Zahlungsmittel.** Wie offiziös aus Berlin gemeldet wird, hat das Reichskabinett in seiner Sitzung von Samstag beschlossen, die Papiermark in eine feste Relation zu einem wertbeständigen Zahlungsmittel zu bringen, gegen das sie zu einem bestimmten Termin eingelöst wird. Gedacht wird dabei an die Goldanleihe. Ueber die Höhe der Relation und die Einzelheiten steht ein Beschluß unmittelbar bevor.

= **Die Verhältniszahl beim Lohn-Steuerabzug.** Laut „Reichsanzeiger" beträgt die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Hälfte des Oktober in Geltung gewesenen Ermäßigungssätze beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfältigen sind, vom 4. bis 10. November einschließlich bei jeder bis zum 10. November 1923 erfolgenden Zahlung von den bis zum 10. November fällig gewordenen Arbeitslöhnen 15 000.

= **Zur Kündigung von Kriegsbeschädigten.** Neuerdings mehren sich die Fälle, daß Arbeitgeber infolge der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit wesentliche Betriebseinschränkungen und Entlassungen vornehmen. Zur Aufklärung und zum Schutze der in diesen Betrieben tätigen Schwerbeschädigten (mit 50 und mehr v. H. Erwerbsbeschränkung) wird darauf hingewiesen, daß deren rechtswirksame Kündigung gesetzlich beschränkt ist. — Etwa gekündigte Schwerbeschädigte wenden sich zweckmäßig an die für sie zuständige amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, in größeren Betrieben zunächst an den Vertrauensmann der Schwerbeschädigten des betreffenden Betriebes.

= **Warnung.** Die Kanalbrücke an der Hafenschenke ist von der Besatzungsbehörde wieder freigegeben. In den letzten Tagen sind spanische Reiter mit denen die Brücke abgesperrt war, gestohlen worden. Der belgische Kommandant hat mitgeteilt, daß die belasteten Posten Anweisung haben, auf Personen, die sich an den Drahtverhauen und spanischen Reitern zu schaffen machen, zu schießen. Das Publikum wird hiermit gewarnt.

= **Volkshochschule.** Der Vortrag des Studienrats Dr. Fensterbusch über „Plato und Aristoteles und ihre Wirkung auf das moderne Geistesleben" wird nicht heute, sondern erst nächsten Montag, 12. November fortgesetzt.

* **Das Versorgungsamt** teilt mit: „Für die Kriegshinterbliebenen erfolgt für die erste und zweite Novemberwoche eine November-Zwischenzahlung durch alle Postämter des Bezirks. Wann mit der Auszahlung begonnen werden kann, werden die betreffenden Postämter in der Tagespresse veröffentlichen."

Starke und anhaltende Niederschläge brachte Gelsenkirchen und seiner weiteren Umgebung die Nacht zum Sonntag. Die tiefer gelegenen Straßen von Kray waren stundenlang überschwemmt; das Wasser drang in die Keller. — Ein Sturm, der am Samstag abend einsetzte, hielt die ganze Nacht und den Sonntag über an und machte dann und wann Miene, sich zum Orkan zu entwickeln. Abgesehen hiervon verlief der gestrige Tag schön, doch sank mit dem Eintreten der Dunkelheit die Temperatur in einem bisher nicht gewohnten Maße.

Bekanntmachungen. Im Anzeigenteil veröffentlicht der Oberbürgermeister Beschlüsse des Gasausschusses, nach denen u. a. die Berechnung der Gaspreise nach Goldmark beibehalten wird. — Dort befindet sich auch eine Bekanntmachung des Finanzamts über die Bewertung der Natural- und Sachbezüge bei Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn.

)(**Vorschüsse auf die Erwerbslosenunterstützung.** Angesichts des neuen Marksturzes hat der Reichsarbeitsminister die Länder ermächtigt, auf die Erwerbslosenunterstützung der Woche vom 5.—10. November beschleunigte Vorschüsse in dreifacher Höhe der gestern bekanntgegebenen Wochensätze für die abgelaufene Woche zahlen zu lassen. Im besetzten Gebiet bleiben hierbei prozentuale Zuschläge außer Betracht.

Aus der Umgegend.

* **Wattenscheid**, 4. Nov. Der Vaterländische Frauenverein hielt unter dem Vorsitze der Frau Bürgermeister Dr. Ueberhorst eine Vorstandssitzung ab, in der beschlossen wurde, die von dem Verein eingerichtete Alte-Leute-Küche dahingehend zu erweitern, daß noch Anmeldungen seitens der Vorstandsdamen entgegengenommen werden können. Ferner wurde beschlossen, zur Bescherung bedürftiger Kleinkinder und bedürftiger alter Leute Kleidungsstücke anzufertigen. Weiter erklärten sich die Damen bereit, an der vorzunehmenden Sammlung zum Besten der Volksküchen mit tätig zu sein.

* **Eickel**, 4. Nov. Einen seltsamen „Scherz" leisteten sich einige junge Burschen in der Goebenstraße nach Einbruch der Dunkelheit, indem sie eine Strohpuppe aufstellten, deren Kopf aus einem wahrhaftigen Totenschädel bestand. Nachdem sie genügend Entsetzen verbreitet hatte, wurde sie von den Aufstellern unter Gebeul und Triumph in die Finsternis entführt.

* **Wanne**, 4. Nov. Das Kurhad-Wanne-Eickel hat leider wegen Kohlenmangels vorübergehend schließen müssen.

* **Wanne**, 4. Nov. In der Nacht auf Freitag wurde in das Modenhaus Jolenk, Hindenburgstraße, eingebrochen. Die Diebe packten Modellhüte und Stoffe ein, die sie dann in gleichfalls mitgenommenen Hutkartons fortbrachten. Es handelt sich offenbar um Einbrecher, die nach derselben Manier hier bereits einige andere Geschäftshäuser geplündert haben. Die geschädigte Firma hat auf die Namhaftmachung der Täter eine Billion Mark Belohnung ausgesetzt.

* **Bver**, 3. Nov. Freitag morgen gegen 4 Uhr wurde auf der Gladbecker Straße eine männliche Leiche aufgefunden. Wie die näheren Ermittlungen ergaben, handelt es sich um den Arbeiter Beck von hier. Man nimmt an, daß der Mann von einem Lastkraftwagen überfahren worden ist. — Der Kolonialwarenhändler Poling geriet auf seinem Hofe zwischen einen Wagen und die Ladekrampe. Er erlitt eine Lebenzerreißung und wurde sofort ins Krankenhaus überführt, wo er gestorben ist.

* **Gladbeck**, 4. Nov. Dem Landwirt Heimann, Haus Wittringen, wurden in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober 3 zehn Wochen alte Schweine gestohlen. Eines der Tiere wurde aufgefunden, die Eingeweide hatten die Diebe geraubt. Zwei Diebe sowie ein Hehler wurden bereits verhaftet und dem Gefängnis zugeführt.

* **Brauck**, 4. Nov. Zwei Monteuren aus Gelsenkirchen wurden aus einer Baubude auf der Zeche „Matthias Stinnes" zwei Arbeitsanzüge, drei Paar Schuhe, zwei Joltstücke und ein Leibriemen gestohlen.

= **Gerthe**, 4. Nov. Seit vorgestern hat die Westfälische Straßenbahn auf ihren Linien Bochum—Gerthe—Laer—Witten Markt—Landendreer Bhf. und Herne—Wanne den Betrieb im beschränktem Umfange wieder aufgenommen. Die Wagen verkehren allgemein alle Stunden.

* **Bochum**, 4. Nov. In einem hiesigen Kaffee wurde ein Bettler festgenommen, in dessen Besitz eine Betteltageseinnahme von 100 Milliarden gefunden wurde. Daß sein Gewerbe ein äußerst einträgliches sein muß, bewies auch ein anderer Hund in dessen Taschen, nämlich 120 neue Bankscheine einer Essener Bankniederstelle in Witten zum Einbündeln der Bettelmilliarden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser moderne Bettler ein Bankkonto hat.

* **Lüdenscheid**, 4. Nov. Das Auswandererfieber scheint in der Lüdenscheider Bürgerschaft stark zu grassieren. Seit August sind allein nach den Vereinigten Staaten 67 Personen ausgewandert, während noch über 100 sich auf die Ausreise bis zum Dezember vorbereiten.

* **Ahlen**, 4. Nov. Samstag nachmittag wurde es in Dolberger Büschen und in den anliegenden Weidekämpen lebendig — eine kommunistische Hundertschaft aus Ahlen führte zunächst vor ihrem Kommandeur einen Parademarsch im Stechschritt aus, wobei den Rotgardisten Knotenstöcke, die ihnen ausgezeichnet zu Gesicht standen, als Karabiner-Ersatz dienten. Dem Parademarsch, der wie am Schnürchen klappte und im alten Militärstaat Preußen auf dem Tempelhofer Felde nicht „schneidiger" hätte gemacht werden können, folgte eine waschrechte Felddienstübung. Das Gefecht erlitt jedoch eine jähe Unterbrechung: zwei Bereitschaften der Ahlener Schutzpolizei, die von dem Kommunistenmanöver in Dolberg vernommen hatten, traten überraschend auf den Plan und nahmen den Kommandeur, einige Offiziere und über 40 Mann beim Schlafittchen. Die anderen retteten sich durch eine wilde Flucht über Hecken und Zäune.

* **Bielefeld**, 4. Nov. Nachdem erst am 19. September die städtischen Körperschaften die Realsteuern und Gebühren auf das 2000fache der im Etat vorgesehenen Sätze erhöhen mußten, um den damaligen Fehlbetrag von 3,75 Billionen Mark auszugleichen, mußte jetzt bereits eine 200fache Erhöhung dieser Sätze beschlossen werden, da der Fehlbetrag infolge der raschen Geldentwertung katastrophal gestiegen ist. Dabei ist auch diese Vorlage bereits überholt. — Die Wohnungsbauabgabe wurde ebenfalls auf das 200fache erhöht. — Die Wertzuwachssteuer soll vorläufig nicht mehr erhoben werden, da sie zurzeit nichts einbringt, dagegen wurde beschlossen, einen Zuschlag von 4 Prozent zur Grunderwerbsteuer zu erheben.

* **Eisborn**, 4. Nov. Ein gräßlicher Unglücksfall, bei dem ein junges Menschenleben zu Tode kam, ereignete sich hier. Die 30jährige Frau des Gutspächters Heinrich Förster zu Dreisborn schloß sich den zur Jagd gehenden Förstern an, da sie den gleichen Weg zu machen hatte. Als der Weg über eine Weide führte, mußte sie durch einen Stacheldrahtzaun schlüpfen, ein junger Förster stieg in ihrer Nähe über das Hindernis. Hierbei verfing sich das Jagdgewehr im Draht und entlud sich. Die volle Schrotladung ging der armen Frau in den Rücken. Schwer verwundet wurde sie nach Hause gebracht, wo sie nach eintägigem Schmerzenslager verschied.

* **Karnap**, 4. Nov. In den Abendstunden am Freitag wurde hier ein Bergmann A. aus Altenessen festgenommen, der einen Sack auf dem Rücken trug. In dem Sack befanden sich Brote, Margarine, mehrere Pakete Malzkaffee und ein Eimerchen Marmelade. Es stellte sich heraus, daß er die Sachen in Bottrop gestohlen hatte.

* **M.-Gladbach**, 4. Nov. Einen bösen Hereinfall erlebte eine Bauersfrau, welche einen Handel in Devisen abgeschlossen hatte. Die Frau kam in ein hiesiges Geschäft, um einen schönen neuen Mantel zu kaufen. Sie zeigte der Verkäuferin einen Scheck über zwei Schilling auf eine Kölner Bank, mit welchem sie bezahlen wollte. Auf die Bemerkung der Verkäuferin, dies sei nur ein Wert von zwei Friedensmark, und dafür könne sie doch keinen Mantel kaufen, erwiderte die Frau entrüstet: „Was, da habe ich doch gestern ein Kalb für verkauft!" Sie erkundigte sich nun bei einer hiesigen Bank, wo ihr die Angaben der Verkäuferin bestätigt wurden. Sie war auch noch im Besitze einer Quittung des Händlers, welcher ihr das Kalb abgekauft hatte, dahinlautend, daß er für zwei Schilling ein Kalb gekauft habe und der Scheck von der Kölner Bank eingelöst werde.

* **Kleve**, 4. Nov. Der Gründer der großen Margarinefabriken J. van den Bergh, Gesellschafter Arnold J. van den Bergh aus Rotterdam, ist plötzlich gestorben. Der Verstorbene hat 25 Jahre der Firma angehört.

* **Köln**, 4. Nov. Die Eisenbahndirektion hat von heute morgen ab den Personenverkehr auf der Strecke nach Overath eingestellt, um auf diese Weise dazu beizutragen, daß weitere Ausschreitungen der Kölner Hamster und Plünderer dort verhütet werden.

Vermischtes.

)(**Hamburg**, 3. Nov. In einer Wirtschaft am Hafen wurde gestern abend eine geheime Kommunistenversammlung von der Polizei überrascht. Dabei wurden dem „Fremdenblatt" zufolge über 30 kommunistische Führer festgenommen.

⊕ **London**, 4. Nov. Gestern nachmittag fand hier in Anwesenheit des Königs und der Königin von England, des Königs von Schweden und von Mitgliedern beider königlicher Häuser die Hochzeit des Kronprinzen von Schweden mit Lady Luci Mountbatten statt.

Der ausschlaggebende Literaturpreis.

⊕ Pieter Bezruc, der bekannte Dichter der „schlesischen Lieder", hat von dem mährischen Landesausschuß einen Literaturpreis von 5 000 tschechischen Kronen zugesprochen erhalten. Bezruc hat den Preis mit der Begründung verzichtet, daß er sich nur sehr selten literarisch betätige und daher keinen Anspruch auf ihn habe. Der Landesausschuß hat den Dichter daraufhin ersucht, einen wohltätigen Zweck namhaft zu machen, dem der Betrag zugeführt werden könne.

Die verhängnisvolle Maus.

⊕ In Brusand der Mur ereignete sich vor kurzem im städtischen Elektrizitätswerk Kurzschluß. Als man der Ursache des Kurzschlusses auf die Spur ging, fand man eine Maus als Urheber der Untat. Die Maus war durch den Kabelkanal in die Schaltkammer gekrochen, hatte sich dort auf einen Kabelkopf gesetzt, wobei unglücklicherweise der lange Mausschwanz auf die Gummidülle des Kabels zu liegen kam. Als das Tierchen nun zur Schaltergummidülle schnupperte, stellte sich Kurzschluß ein, die Schaltkammer geriet in Brand, und in Bruck erlosch das Licht.

Ueber Kritik und heimische Kunst.

Von Dr. Brepohl.

Das Konzert ist zu Ende, und die Menschen eilen heim. Nun ist auch dieser „nichtendenwollende Beifall" vorüber; ja; unsere Zeit lebt schnell und oft tut man recht, es zu loben; manchmal aber —. In der Bibel heißt es einmal: Maria bewahrte alle diese Worte in ihrem Herzen" . . . So ganz in Liebe eingebettet sind die Worte, die sie vernommen hatte. Die Zeitgenossen aber, die aus diesem Konzert heim gehen, bewegen sie auch, was die drei großen Tonkünstler sagten, in ihrem Herzen —? Was ich höre, war alles Kritik; zwei nur gingen schweigend daher.

Ja ist unsere Zeit: alles, was ihr vor die Sinne kommt, muß kritisiert werden. Aber ist es der Sinn der Kunst, ist es die Absicht des Künstlers, angehimmelt, belächelt oder schlechtgemacht zu werden? Dann wäre alle Kunst nur meinet- und deinetwegen da, als ein Gegenstand der unterdrückten Raubtiergefühle? — Oder will nicht die Kunst erheben, will sie nicht uns in das Reich hinüberschauen, hinüberahnen lassen, aus dem wir stammen, in das wir eingehen? Ja, ergreifen will sie uns, will sie dich; urteilen kannst du immer noch, wenn du das Zeug dazu hast.

Das Erste und Größte ist also nicht Kritik, sondern Erleben. Wir sollen den Künstler „verstehen", seine Sprache lernen, um seine „Gedanken" zu begreifen. Dann ist ein Konzert oder eine Ausstellung — nicht ein „Genuß": Kunst ist kein Genußmittel — sondern ein Hinüberheben der Seele in die andere Welt. Darum ist Schweigen das erste Urteil über Kunstwerke. Der Kenner mag danach urteilen.

Wer da nicht vollkommen sicher ist, hat es leichter: er braucht sich um den Kritikerzank nicht zu kümmern. Wieviele aber machen es sich so schwer, daß sie, wo sie nur mitzuschwingen brauchten, nun mit Gewalt urteilen mußten, nun aber selbst unsicher sind und so beim andern nach dessen Urteil hören. Die Kunst bekommt damit einen Stempel: Künstler unbekannt, oder sehr berechnet, lächerlich usw. Da muß man nun sich schön danach richten. Und so wagt man sich nur an solche heran, deren Namen schon ein Garantieschein ist. Da lobt man Goethe, erstirbt in Schauern vor Faust und hat nichts verstanden davon (es verlebt ihn jeder auf seine Weise), gibt wie abgegriffene Münze die vorgeschriebenen Hochachtungsurteile weiter. Oder: das ist in Berlin anerkannt, das geht durch die Zeitschriften. Ehrlich, lieber Leser: du hast vielleicht auch für den Expressionismus geschwärmt — der war doch die Quintessenz der Zeitseele, und hattest nichts erlebt von solchen Bildern!?

Diese Zentralisierung, bisher noch ziemlich unbekannt in Deutschland, jedenfalls unbedeutend im Vergleich zu Paris und Frankreich, droht die „Provinz" in die Hörigkeit des in manchen Dingen sehr zweifelhaften Berlins zu bringen. Es ist lächerlich und eines ehrlichen Menschen unwürdig, sich solche Muster auszusuchen oder von Blendern unterkriegen zu lassen. Bislang war es in Deutschland so: jeder Stamm lebte sein Leben und das Beste vor allen fand sich in Berlin zusammen. Merke wohl: es entstand nicht in der Hauptstadt, es kam aus

Wirtschaftszahlen von heute.

Dollar (amtlich)	418 950 000 000 M.
1 Goldmark (1 Dollar durch 4,2)	99 750 000 000 M.
1 Goldzollmark	936 000 000 M.
Silberankaufspreis	7 000 000 000 %
Reichsbankdiskont	90 %
Postkarte im Nahverkehr ab 5. Nov.	200 000 000 M.
Postkarte im Fernverkehr ab 5. Nov.	500 000 000 M.
Brief im Nahverkehr ab 5. Nov.	500 000 000 M.
Brief im Fernverkehr ab 5. Nov.	1 000 000 000 M.
Personenverkehrsindex ab 3. Nov.	31 000 000 000 M.
Güterverkehrsindex ab 3. Nov.	72 000 000 000 M.
Großhandelsindex ab 22. Okt.	14 000 000 000 %
Lebenshaltungsindex ab 29. Okt.	12 871 000 000 %
Ortsgespräch	1 500 000 000 M.
Buchhändlerindex ab 25. Okt.	16 000 000 000 M.
Buchdruckgewerbeindex ab 31. Okt.	800 000 000 M.
Handelsanzeigenindex	137 000 000 M.
Arzneitaxe ab 29. Okt. im bes. Gebiet	38 700 000 %
Kleinhandelsmultiplikator *)	185 000 000 000 M.
Reichssteuerumrechnungssatz ab 5. Nov.	100 000 000 000 M.

Elektrizitätspreis für Licht und Kraft (1 Kilowattstunde) und Gaspreis (1 Kubikmeter): Rechnung auf Goldmarkbasis nach Tageskurs.

*) Die Festsetzung erfolgt jeden Tag.

der „Provinz". Heute will sich die Sache umkehren: die Hauptstadt will aus sich den neuen Geist gebären. Das ist ebenso falsch, als wenn wir sagen: das Gehirn schafft sich den Körper und regiert ihn. Nein, der ganze Körper hat sich das Gehirn erschaffen und nimmt die Fäden aus allen Teilen zusammen.

Wir hier an der Ruhr haben Erfahrungen über dieses Kapitel. Doch davon will ich jetzt nicht reden, obgleich einmal eine gründliche Erörterung sehr not täte. — Von den Städten des besetzten Gebietes gehört nun Gelsenkirchen mit zu denen, die man grundsätzlich nicht beachtet. Und der brave Bürger läßt sich einschüchtern und holt alle Kostbarkeiten aus Essen oder Düsseldorf. Viel Rechtes ist daran; aber man soll den geraden Blick behalten und nicht nachlaufen. Denn wir haben es nicht in allen Dingen nötig, zu den Nachbarn zu laufen, selbst wenn wir in der Kunst sehr „zurück" sind.

Es lohnt sich nicht, einmal zu fragen, ob alle jene z. B. die in Essen oder Düsseldorf die Kunstmuseen immer wieder besuchen, schon mehr als aus Verlegenheit oder in Ermangelung eines Regenschirmes von der Bahnhofstraße aus die paar Schritt bis zum Georgshaus gemacht haben, um die kleine Ausstellung zu besichtigen. Ja, man weiß, da sind Bilder. — aber, ei ja! Gelsenkirchen —!

Das kann ich mir nicht denken, daß unter den vielen Kunstliebenden, die eben den Saal der Stadthalle füllten, so wenige sind, die bildende Kunst zur Erbauung brauchen. Sie sollten es sich zur Regel machen, keine Ausstellung zu übersehen, die wie ein Veilchen im Verborgenen dort im Georgshause auf sie wartet. Oder gehört er zu denen, die grundsätzlich nur auf der Sommerreise, die im Baedeker mit Sternen ausgezeichneten Werke großer Museen in „Augenschein" nehmen? Wie gesagt, ich kann es mir nicht denken.

Unter den Gebildeten hört man so oft ein Geschimpf über unsere Stadt, aber sabotieren sie nicht selbst den Willen der Stadtverwaltung, die von Jahr zu Jahr eifriger wird, geistige Anregungen den Mitbürgern zugänglich zu machen? In diesen Wochen sind wieder die jungen Künstler unserer Stadt dort zusammen, zum ersten Mal vollzählig. Wer weiß etwas von ihnen? Die „große" Bewegung der Kunst geht ja von anderen Orten aus, was kann nur also die himmlische Kunst sein? So ist es denn auch bei uns wahr, daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gilt; er muß eben „weither" kommen!!

Aber ist es denn nicht sonderbar: diese Kohlen- und Hüttenstadt hat noch ein anderes Gesicht, ein heimliches. Wie stehen nun die beiden zueinander? Das magst du selber prüfen. Aber was die Künstler wollen, wozu sie berufen sind, dagegen solltest du dich nicht verschließen. Von der Arbeit allein kann keiner leben; daß Seele und Liebe in deine Tage kommen, dazu arbeiten sie . . . Wieviel Leben tatsächlich hier webt, wieviel Talente es unter uns gibt, die eine Kritik nicht zu fürchten brauchen, das wird in einigen Wochen offenbar werden, wenn Ausstellung und Morgenfeiern nur heimischer Kunst veranstaltet werden. Da wird er sie vereinigt finden — ein helles Schlaglicht auf die traurige Zeit —, von denen er nichts wußte: die Maler, Musiker und Dichter. Dann mag er das Urteil sich selbst bilden, wenn er will; zuvor ist das andere notwendig: mit dem guten Willen herangehen und erleben wollen. Darum, weil das so wichtig ist, sprach ich schon in der Einleitung davon, Kunst ist nur dort vorhanden, wo der Wille, sich ergreifen zu lassen, die Haltung bestimmt.

Das Ruhrgebiet galt früher den Zuziehenden als ein Klein-Amerika, eine Quelle zum Reichwerden. So ging es den Arbeitern, Beamten, Kaufleuten und dann den Industriellen — für manche von ihnen ist es auch heute noch nicht mehr. Wer aber das geheime Wachsen zu fühlen vermag, der weiß längst, daß hier sich etwas anderes bildet: eine Heimat. Die schwere Zeit läßt es uns doppelt fühlen. Heimat aber ist nicht das Land, wo es dir am besten ergeht, — Heimat ist der Nährboden deiner Seele. Ohne Geist und Schönheit, ohne Denken und Kunst aber wird keine Heimat, nur eine schauerliche Steinwüste. Daran aber, daß es sich zum Guten wende, muß jeder Einsichtige mitarbeiten. Wer es nicht will, aus Trägheit oder Geringschätzung oder weshalb sonst, der hindert das Land unseres Schicksals, daß es eine Heimat werde. Und der versündigt sich an seinen Kindern.

Handel und Gewerbe.

Einstellung der Notenpresse?

Ueberwindung der Zahlungsmittelknappheit.

* **Berlin,** 4. Nov. Nach einer Mitteilung des „Lokalanzeiger" soll die Ausgabe der Rentenmark und zugleich die Stillegung der Notenpresse am 10. November erfolgen.

Wie die „Voss. Zeitung" aus der Reichsbank erfährt, kann die Zahlungsmittelknappheit als überwunden gelten. Gestern wurde in Berlin voll ausgezahlt. Der Provinzbedarf wurde schon seit vorgestern vollkommen befriedigt.

Beiden Mitteilungen gegenüber dürfte Vorsicht am Platze sein.

Berliner Produktenbericht.

)(**Berlin,** 3. Nov. Am Produktenmarkte wird die Haltung ruhiger. Nahe Ware ist teilweise mehr angeboten. Bezüglich der Bezahlung bereits gekaufter Ware bestand große Verwirrung, weil das Verbot des Freihandels mit Goldanleihe die Schaffung von Zahlungsmittel für schon gehandelte und neu zu erwerbende Ware erschwerte. Für Roggen hat der Begehr der Reichsgetreidestelle anscheinend nachgelassen, dagegen waren die Mühlen wegen knapper Versorgung Käufer. Weizen hatte bei wenig veränderten Kursen stilles Geschäft, ebenso Gerste und Hafer. Es trat vermehrter Bedarf zum Versand der Waren für Nahrungsmittelfirmen hervor. Das Mehlgeschäft war still bei wenig veränderten Preisen. Kleie wurde mehr umgesetzt. Oelkuchen wurde reger gehandelt.

Berliner Börsenbericht.

= **Berlin,** 3. Nov. Für Devisen bestand wegen allseitigen starken Begehrs, namentlich aus dem Rheinlande, große Nachfrage. Seitens der Reichsbank wurden die Kurse im Verhältnis zu den niedrigeren Notierungen höher festgestellt, bei fünfprozentiger Zuteilung für die Hauptdevisen. Der Dollar wurde mit 420 Milliarden amtlich notiert.

Verbot von Goldmark-Preisstellung für den Einzelhandel.

⊕ **Berlin,** 2. Nov. Eine Sondernummer des „Reichsgesetzblattes" bringt eine Reihe Aenderungen der Devisengesetzgebung, u. a. die Zulassungsmaßnahmen ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr und das Verbot der Preisstellung in Goldmark auch für den Einzelhandel. Die Reichsregierung wird aber ungeachtet dieser Erleichterungen zum Zweck der Beseitigung wirtschaftlicher Hemmnisse die Annahme des Papiergeldes als Zahlungsmittel, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln durchsetzen.

Ein Vorwurf gegen die Reichsbankleitung.

dt **Berlin,** 3. Nov. In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden von sozialdemokratischer Seite Angaben gemacht, die auf die Fähigkeit der Reichsbankleitung, den Zahlungsmittelverkehr in geordneten Bahnen zu erhalten, ein recht eigenartiges Licht werfen. Danach sollen in der Reichsdruckerei vor acht Tagen noch Zweimillionenscheine gedruckt worden sein, und am letzten Dienstag habe man noch Fünf- und Zehnmillionenscheine gedruckt, also reine Makulatur, die heute für niemanden Wert hat. Dagegen seien die Hundert-Milliarden-Scheine im Rotationsdruckverfahren hergestellt worden, und zwar so primitiv, daß es jedem gelernten Buchdrucker ein Leichtes sei, sie nachzuahmen.

Turnen • Sport • Spiel.

Trabrennen zu Gelsenkirchen.

= **Gelsenkirchen,** 4. Nov. Auch der gestrige Renntag bot wieder manch interessanten Sport und brachte manche Ueberraschungen, die sich in einige günstige Quoten auswirkten. Der Hauptsieger unter den Fahrern war an diesem Tage Ferech, der in wunderbarem Trabe Immerfort durchs Ziel führte, und im 3,2-Kilometer-Lauf den hochentwickelten Favorit Peri im schneidigen Trabe die Bahn führen ließ. Auch die übrigen Rennen verliefen gespannt und interessant. Die Ergebnisse der einzelnen Rennen sind:

1. **Jodipha-Preis** (360 Milliarden — 1500 Meter): 1. Ogal (Fahrer Ferech). 2. Short Bird. 3. Burggraf. Tot.: Sieg 16 : 10, Platz 11, 13, 17 : 10.
2. **Ektiva-Preis** (360 Milliarden — 2400 Meter): 1. Aitation (Fahrer Stumpe). 2. Long Lieschen. Tot.: Sieg 16 : 10, Platz 12, 17 : 10.
3. **Freund-Preis** (360 Milliarden — 2500 Meter): 1. Immerfort (Fahrer Ferech). 2. U. S. Tot.: Sieg 33 : 10, Platz 17, 14 : 10.
4. **Oderbrücher-Preis** (360 Milliarden — 2400 Meter): 1. Flüchtig (Fahrer Dahl). 2. Prinz Max. 3. König Midas. Tot.: Sieg 12 : 10, Platz 10, 19, 14 : 10.
5. **Oktober-Preis** (540 Milliarden — 3200 Meter): 1. Peri (Fahrer Ferech). 2. Frauenthaler. 3. Otbello 4. Tot.: Sieg 14 : 10, Platz 11, 16, 41 : 10.
6. **Rauchwolke-Preis** (360 Milliarden — 2400 Meter): 1. Rauchwolke (Fahrer Gillar). 2. Ektiva. 3. Prinz Max. Tot.: 82 : 10, Platz 22, 15, 21 : 10.
7. **Weißblau-Preis** (380 Milliarden — 2600 Meter): 1. Oderbrücher (Fahrer Freialdenhofen). 2. Languste. Tot.: Sieg 62 : 10, Platz 20, 15 : 10.

Stimmen aus dem Leserkreise.*)

Die Mietszuschläge in Gelsenkirchen.

* **Gelsenkirchen,** 4. Nov. Vom Haus- und Grundbesitzerverein erhalten wir folgendes „Eingesandt": „Durch Bekanntmachung der Stadt Gelsenkirchen sind die prozentualen Aufschläge für Monat November wie folgt festgesetzt: a) für Wohnräume 8 510 000 100 Prozent, b) für gewerbliche Räume 10 637 500 100 Prozent. Sämtliche Nachbargemeinden haben höhere Sätze festgesetzt. Für Wanne, Röhlinghausen und Eickel sind die Aufschläge a) 50 000 000 000 Prozent für Wohnräume, b) 62 500 000 000 Prozent für gewerbliche Räume festgesetzt, das ist das 6fache wie für Gelsenkirchen. Seitens der Gelsenkirchener Haus- und Grundbesitzer herrscht hierüber große Erregung. Auf die vom Haus- und Grundbesitzerverein sofort beim Oberbürgermeister und beim Verbandspräsidenten eingereichte Beschwerde ist eine Erklärung noch nicht abgegeben. Wie kommt es, daß die Nachbargemeinden die Aufschläge sechsmal höher festsetzen, als die Stadt Gelsenkirchen? In Vertretung des Oberbürgermeisters ist der zuständige Beigeordnete als Dezernent mit der Festsetzung der Prozentsätze beauftragt. In der Sitzung des Sachverständigenausschusses unter Leitung des Dezernenten sind trotz wiederholten Einspruchs und unter besonderm Hinweis, daß der Maurerstundenlohn ab 22. Oktober (also 2 Tage nach dem Setztag 20. Okt.) auf 7 Milliarden festgesetzt und daß nach der bestehenden ministeriellen Verfügung auch seitens der Kommunen ein späterer Stichtag als der 20. des Monats festgesetzt werden könne, die prozentualen Aufschläge durch den Dezernenten nach dem Maurerstundenlohn vom 20. Okt. festgesetzt. Wenn aber statt des 20. im Monat ein späterer Tag für die Festsetzung der prozentualen Aufschläge zulässig ist, und alle Nachbargemeinden den 22. Oktober zugrunde gelegt, so ist die Frage berechtigt: Was hat den Dezernenten dazu bewogen, dies abzulehnen? Die Haus- und Grundbesitzer sind hierdurch ganz empfindlich geschädigt. Es bringt hiernach ein Haus in Wanne oder Röhlinghausen soviel Miete auf als sechs gleiche Häuser in Gelsenkirchen. Wenn es bisher nicht möglich war, von den Mieten nur eine Dachdecker- oder Klempnerrechnung zu bezahlen, so muß man jetzt sagen, es hat keinen Zweck mehr, noch Mieten einzuziehen. Tatsache ist, daß heute niegrand zu finden ist, der Mieten einzieht, selbst wenn er die gesamten Verwaltungskosten haben soll. Wenn so verfahren wird, wird der Augenblick nicht mehr weit sein, da die Hausbesitzer, um die Häuser zu erhalten, nicht nur ihr gesamtes Vermögen für Reparaturen für einen Monat hergeben, sondern noch Schulden dabei machen müssen. Da aber die meisten Haus- und Grundbesitzer ohne jegliche Barvermögen sind, bleibt, wenn so verfahren wird, nichts anderes übrig, als die Häuser dem Verfall preiszugeben, was zur Folge hat, daß unsere Häuser in kurzer Zeit nur noch Ruinen sind."

*) Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Freibrot-Preise

ab 5. November 1923.

Stuten 1 Pfd. . . .	30 Milliarden
70% Brot 3 Pfd. . .	72 Milliarden
85% Brot 3½ Pfd. .	72 Milliarden
Schwarzbrot 3½ Pfd.	65 Milliarden
Schwarzbrot 1 Pfd. geschnitten	22 Milliarden

Die vereinigten Brotherrsteller Gelsenkirchens.

Am Feste Allerheiligen, abends 7½ Uhr, verschied infolge eines Unglücksfalles unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Heinrich Kniest

im blühenden Alter von 20 Jahren, wohlvorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente der römisch-kath. Kirche.

In tiefem Schmerz:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag morgen 7½ Uhr vom Trauerhause, Essenerstraße 116, aus statt. 26160

Ursula

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädels

zeigen hocherfreut an

Theodor Kußmann und Frau

Maria geb. Boeschel.

Gelsenkirchen, den 2. Nov. 1923. 26157

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines gesunden 26161

Stammhalters

zeigen hocherfreut an

Josef Witkop u. Frau

Elisabeth geb. Mensing.

Gelsenkirchen, Essenerstraße 97.

Für die uns anläßlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters erwiesene Teilnahme, sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. [26159

Familie Truschel.

Färberei Juckenack

chem. Wäscherei

empfiehlt ihre bekannt beste Arbeit. 5290

Fabrik: Knappenstr. 23

Telephon 3550.

Hauptgesch. Weidenstr. 9

Annahmestellen:

Hochstraße, Ecke Neustraße, Heinrichsplatz, Weidenstr. 9, Bochumerstr. 105, Buschweg-Ecke.

Kunststopferei

Luitpoldstraße 11

(Nähe Realgymnasium).

Repariert Kleidungsstücke und Stoffe jeder Art bei bekannt billigsten Preisen und kurzer Lieferzeit. Eilige Sachen sofort.

Hedwig Porsch.

Tausche

meine gr. 2-Zimmer-Wohnung in Wattenscheid, m. Stall, Keller und Gartenland gegen eine 26150

3-Zimmer-Wohnung

mit Stall in Gelsenkirchen oder in der Nähe Gelsenkirchens.

Wilhelm Kastner Wattenscheid, Hüllerstraße 100.

Aelterer 26022

Mann

zum Pferdefüttern gesucht.

Jos. Diehl, Gewerkenstraße 20.

Ordentlicher

Heizer,

der auch mit Dampfheizung Bescheid weiß sowie 26162

älterer Mann

zum Schweinefüttern gesucht.

Bahnhofs-Hotel.

Aeltere Leute

zum Wachdienst gesucht. Zu melden Gelsenk. Wach- und Schließ-Gesellschaft. Neustraße 5. 29153

Wettenkarten Chr. Münstermann, Buchdruckerei, Gelsenkirchen

Städtische Bücherei

Gelsenkirchen, Weststraße.

Von Montag, den 5. November 1923 ab werden folgende Gebühren erhoben:

1. **Leihkarten:** Für die erste Ausfertigung, sowie bei Erneuerung nach § 4 (Schlußsatz der allgemeinen Bestimmungen) . . . 3 Milliarden Mk.
2. **Mahnungen:**
   1. Mahnung . . . 2 Milliarden Mk.
   2. Mahnung . . . 3 Milliarden Mk. (Bei der 2. Mahnung wird das Buch bei im Stadtgebiet wohnenden Lesern durch einen Boten abgeholt.)
3. **Für die vom Leser beschmutzten oder beschädigten Bücher:** Strafgebühr mindestens . . . 3 Milliarden Mk.
4. **Vormerkgebühr für ein Buch** 300 Millionen Mk.
5. **Für die durch Schuld des Lesers unbrauchbar gewordenen Bücher ist der Neuanschaffungspreis** zu bezahlen, der nach Ankauf des Buches durch die Bücherei dem Leser zur Einzahlung an die Stadthauptkasse bekanntgegeben wird.
6. **Nicht in Gelsenkirchen wohnende Benutzer der städt. Bücherei** bezahlen die vorstehenden Gebühren doppelt, außerdem die entstandenen Postgebühren.
7. **Bücherei-Verzeichnis** . 1 Milliarde Mk.

Die neuen Mahngebühren haben von heute ab auch die Buchentleiher zu entrichten, die augenblicklich im Besitze einer Mahnung sind, auf der noch die bisher geltende Mahngebühr angegeben ist.

26148 **Der Bücherei-Ausschuß.**

Rechnungsformulare gut und billig. Buchdruckerei Chr. Münstermann, Gelsenkirchen, Abstr. 37

Bekanntmachungen der Stadtverwaltung.

Bekanntmachung.

Der Kleinhandelspreis beträgt vom 4. November ab

für 1 Liter Vollmilch . . . 14 400 000 000 M

für 1 Liter Magermilch oder Buttermilch 7 000 000 000 M

Die hiesige Landwirtschaft kann bei Abgabe der erzeugten Milch an die hiesige Milchversorgung 10 300 000 000 Mk. für 1 Liter Vollmilch fordern. 26148

Gelsenkirchen, den 3. Nov. 1923.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Der **Gasausschuß** hat in seiner letzten Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: 26145

1. Die Berechnung der Gaspreise nach Goldmark wird beibehalten.
2. Die Goldmarkpreise werden in Papiermark umgerechnet nach dem amtlichen Dollarkurse am Tage vor der ersten Vorzeigung; zum gleichen unveränderten Kurse soll die Zahlung am Vormittage des nächsten Wochentages an der Kasse des Gaswerks noch zulässig sein. Bei späterer Zahlung erfolgt wie bisher Aufwertung nach dem letzten amtlichen Dollarkurse vor dem Zahltage.

Der Durchschnittsgaspreis soll für die Folge auf 25 Goldpfennig ohne rückwirkende Kraft herabgesetzt werden. Demgemäß gelten in der Reihenfolge wie auf den Gasrechnungen folgende Preise:

Grundpreise:	13	9	7	Pfg.
Neue Preise:	29	21	17	Goldpfg.
Grundpreise:	11	10	8	Pfg.
Neue Preise:	25	23	19	Goldpfg.

Der bei der Regierung beantragte Reichszuschuß soll für die Ermäßigung der auf Goldmark ausgestellten und nach dem 1. Oktober erst bezahlten Augustrechnungen verwandt werden, derart, daß der Goldmarkbetrag dieser Rechnungen auf die Hälfte herabgesetzt wird. Bei bezahlten Rechnungen wird der Nachlaß in Goldmark gutgeschrieben, bei noch nicht bezahlten wird der ermäßigte Goldmarkbetrag umgerechnet nach dem letzten amtlichen Kurse vor dem Zahlungstage.

Die für die Abnehmer günstige Vorauszahlung soll weiterhin gefördert werden. Die Auswechselung von gewöhnlichen Gasmessern gegen Automaten soll da, wo lediglich die Messerumwechselung in Betracht kommt, für Rechnung des Gaswerks erfolgen.

Diese Beschlüsse treten sofort in Kraft.

Es wird dringend empfohlen, von dem Rechte der Vorauszahlung in möglichst weitem Umfange Gebrauch zu machen. Alle Vorauszahlungen werden in Goldmark nach dem Kurse vom Vortage der Zahlung gutgeschrieben. Vorauszahlungen werden auch entgegengenommen von Abnehmern, welche alte Rechnungen noch nicht bezahlt haben, sich aber verpflichten, die rückständigen Rechnungen durch Teilzahlungen in angemessener Frist zu begleichen.

Auf die zu erhöhten Goldmarkpreisen (50 Pfg. Spitzenpreis) ausgestellten und vor dem 1. Oktober bezahlten Augustrechnungen sowie auf die zu gleichen Preisen ausgestellten Septemberrechnungen wird die bekanntgegebene Ermäßigung um ein Drittel bei Vorlage auf unserm Bureau, Zimmer 4, auf den Gasverbrauch gutgeschrieben. Rückvergütungen in bar erfolgen nicht.

Durch vorstehende Beschlüsse erledigen sich alle eingegangenen schriftlichen Anfragen und Beanstandungen. Sofern die Abnehmer noch Auskunft wünschen, wird gebeten, diese mündlich im Bureau des Gaswerks entgegen zu nehmen.

Gelsenkirchen, den 3. Nov. 1923.

Der Oberbürgermeister.

Jüngeres

Mädchen

gesucht. 26137

Prorastr. 11, II. E. l.

Junges sauberes

Mädchen

zu einer Person sofort gesucht. 26158

Wwe. Herzberg, Leopoldstraße 72.

Suche ein tüchtiges

Mädchen

mit guten Zeugnissen für Küche u. Haushalt. Zweitmädchen vorh.

Frau Dr. Pothmann, Rotthausen. 26144

Pelz-Garnitur

zu kaufen evtl. auch geg. Lebensmittel zu tauschen gesucht. 26152

Näheres in der Geschäftsstelle d. Z.

Torfstreu

liefert prompt [26143

L. Mole.

Ringstraße 85.

Telephon 297, 298.

Schwein gegen Kartoffeln

zu tauschen gesucht. 26133

Bochumerstr. 190.

Warentausch.

Wer liefert Kartoffeln u. Kohlen gegen Zutaten zum Anzug oder Paletot (Stoff, Nähgarn, usw.)? Evtl. Anfertigung nach Maß oder andere wertbeständige Verrechnung

Angeb. an Weber-Schumacher, Friedrichstraße 25, I. Etg. Schließfach 106. [26149

Krätze

entsetzl. Hautjucken beseitigt ohne Berufsstörung und ohne Schmierkur.

Beinleiden

auch in veralt Fällen werden geheilt.

Flechten,

nasse und trockene, Eltergeschwüre, Kopfschorf bei Kind. sow. sämtl. Hautkrankheit. werden geheilt.

Heilinstitut für alle Hautkrankheiten.

Wanne, Hindenburgstraße 118.

Jeden Dienstag u. Freitag v. morgens 9,30 bis 12,15 Uhr in Gelsenkirchen, Wirtschaft Simon, Alter Markt. 7650

Paßbilder

in 1 Stunde. 20841

Schützenstr. 22, Nähe Bismarckstraße.

Sonntags geöffnet.

RP.

BAHNHOF/HOTEL

GELSENKIRCHEN

Das führende Haus am Platze

Leitung: Georg Feldmann.

Varieté-Schluß 15. November 1923.

Nur noch kurze Zeit!

Täglich 7 Uhr:

Das größte und beste

Internationale Welt-Programm des KP. 26155

Einheitspreis auf allen Plätzen.

Dienstag und folgende Tage, 7 Uhr.

Nur noch kurze Zeit.

Das Internationale Welt-Programm

Vorläufiger Varieté-Schluß 15. November 1923.

Säcke

Kaufe jed. Posten auch Papiersäcke zum höchsten Tagespreis.

A. TANNE

Hochstr. 81, 2. Etg. Telephon 2839.

Felle

glatt gespannt, werden zu höchsten Preisen angekauft.

Coffiet

Bahnhofstraße 15.

50 Milliarden Belohnung

Blaue Klubmütze mit Abzeichen D. L. V. abhanden gekommen. Abzugeben 26151 Florastraße 9, pt.

Junger, kath. Handwerker, 24 J., wünscht mit netter Dame bis zu 24 J. bekannt zu werden, zwecks spät.

Heirat.

Schriftl. Anerb. mit Bild unter Nr. 26163 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Weißer Herd

zu verkaufen. 26116

Wilhelminenstr. 149.

Heirat.

Zechen-Bureaubeamter, 29 Jahre, kath., 1,78 m groß, sucht Bekanntschaft mit gebildetem, kath. Fräulein im Alter von 23 bis 27 Jahr. aus guter Familie.

Nur ernstgem. Angebote unter Nr. 26164 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Die Beleidigung die wir gegen Frau Hebamme Gerlach ausgesprochen haben, nehmen wir als unwahr zurück u. warnen jeden vor Weiterverbreitung.

Hendrischke u. Frau Georgstraße 13.

Bekanntmachung des Finanzamts.

Betrifft: Bewertung der Natural- u. Sachbezüge bei Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. November 1923 ab wird der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wie folgt festgesetzt:

Volle Station (einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)		Von dem in Spalte I festgesetzten Betrag entfallen auf:											
		Freie Wohnung, Heizung u. Beleuchtung		Morgenkaffee		Frühstück		Mittagessen		Nachmittagskaffee		Abendbrot	
wöchentlich	täglich	wöchentlich	täglich	wöchentlich	täglich	wöchentlich	täglich	wöchentlich	täglich	wöchentlich	täglich	wöchentlich	täglich
a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen und sonstige geringbezahlte weibliche Arbeitskräfte (z. B. Mägde):													
34 560 000 000	5 760 000 000	5 745 600 000	957 600 000	2 851 200 000	475 200 000	2 851 200 000	475 200 000	11 491 200 000	1 915 200 000	2 851 200 000	475 200 000	8 640 000 000	1 440 000 000
b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen:													
45 651 200 000	7 675 200 000	7 608 200 000	1 267 200 000	3 801 600 000	633 600 000	3 801 600 000	633 600 000	15 949 600 000	2 541 600 000	3 801 600 000	635 600 000	17 448 000 000	1 908 800 000
c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Aerzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren):													
57 456 000 000	9 576 000 000	9 547 200 000	1 591 200 000	4 758 000 000	792 000 000	4 759 000 000	792 000 000	19 237 600 000	3 189 600 000	4 758 000 000	792 000 000	14 342 400 000	2 380 400 000

Diese Bewertung gilt für unverheiratete Lohnempfänger. Falls außer dem Arbeitnehmer noch zur Haushaltung desselben gehörige Familienmitglieder vom Arbeitgeber Sachbezüge genießen, setzt das Finanzamt auf Antrag den Wert fest.

Gelsenkirchen, den 2. November 1923. 26163

Finanzamt.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch kauft als Selbstverbraucher zu reellen Tagespreisen

R. Christmann, Goldschmied, Arminstr. 6

Fernsprecher 3660. 12099

Samstags mittags 2 Uhr geschlossen.

Schokoladen, Bonbons und Pralinen

kauft jedes Quantum

B. Lichte, Bochumerstr. 164 Fernruf 2461.